DB40 DOPSCH, Alfons.
B66 Oesterreichs geschichtliche
Sendung.

LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
RIVERSIDE

Österreichische Bücherei

Herausgegeben von der Österreichischen Waffenbrüderlichen Vereinigung/ geleitet von Hofrat Prof. Dr. R. v. Wettstein

1. Bändchen

Österreichs Geschichtliche Sendung

Von

Dr. Alfons Dopsch

1917

Wien u. Leipzig / Carl Fromme G.m.b.H.

Was bezweckt die „Österreichische Bücherei?“ Bevor wir hierauf Antwort geben, sei folgendes ganz offen ausgesprochen.

Es nützt nichts, über das, was zwischen unseren norddeutschen Waffengenossen und uns nie so recht ein verständnisvolleres Verhältnis aufkommen ließ und läßt, wie es aber doch im beiderseitigen Interesse so notwendig wäre, immer und immer wieder nur in vertraulichen Kreisen zu reden und zu diskutieren. Dabei kommt nichts heraus und darum sei es einmal ganz frei herausgesagt: Wir Österreicher werden von unseren reichsdeutschen Nachbarn im allgemeinen nahezu auf allen Gebieten, sei es der Wissenschaft, Technik, Industrie, des Gewerbes usw., als nicht ganz gleichwertig angesehen; der Reichsdeutsche dünkt sich dem Österreicher gegenüber in Allem überlegen — und das mit Unrecht. Würde man uns „draußen im Reiche“ besser kennen, d. h. hätte man sich der Mühe unterzogen, die Leistungen der Österreicher auf allen Gebieten der Kultur wirklich kennen zu lernen und entsprechend zu werten, so könnte über uns Österreicher nicht seitens der Reichsdeutschen so geringschätzig gesprochen werden, wie es leider oft tatsächlich der Fall war und ist.

Hier soll nun die „Österreichische Bücherei“ einsetzen. Nur ein gegenseitiges sich kennen lernen, was das gegenseitige Verstehen zur Folge hat, bringt die Menschen einander näher! In diesem Sinne will die „Österreichische Bücherei“ wirken, in diesem Sinne möchte sie aufgenommen werden.

Die „Österreichische Bücherei“ wird knapp gehaltene Übersichten über alle Kulturgebiete Österreichs, in kleinen wohlfeilen Bändchen im Umfange von 96 Seiten, Klein-Oktav, bringen, in gemeinverständlicher Weise von berufenen erstklassigen Verfassern bearbeitet, um vornehmlich der studierenden Jugend und den so bildungsfrohen deutschen Volkskreisen zugänglich gemacht werden zu können.

Die Bändchen können und wollen keine auch nur annähernd erschöpfende Darstellung bieten; sie wollen, ohne Schönfärberei, österreichischen Zuständen und Leistungen eine kurze, aber gerechte Würdigung zuteil werden lassen. Es sind zunächst folgende Bändchen in Aussicht genommen:

Geschichtliches, nationale Kultur der österreichischen Völkerstämme, Österreich als Völkerstaat, Volkswirtschaft, Technik und Industrie, Handels- und Verkehrswesen, Verfassung und Verwaltung, Heer, Geographisches, Bildungswesen, Malerei, Bildhauerei und Architektur, Kunstgewerbe, Literatur und Theater, Musik, Medizin.

Derjenige, der über den einen oder anderen Gegenstand mehr zu wissen wünscht, der mag die größeren Werke nachlesen, die in den einzelnen Bändchen zum weiteren Studium des betreffenden Gebietes angeführt und empfohlen sein werden.

Denn es gibt wohl mehr oder weniger umfangreiche gediegene Werke, die das eine oder andere Kulturgebiet Österreichs eingehend behandeln, allein derartige Sonder-Veröffentlichungen vermögen infolge ihrer Anlage und

(Fortsetzung auf der 3. Umschlagseite.)

102.091

Österreichische Bücherei

1. Bändchen.

Österreichische Bücherei

Eine Sammlung
aufklärender Schriften über Österreich

Herausgegeben von der Österreichischen
Waffenbrüderlichen Vereinigung in Wien

Geleitet von Hofrat Universitäts-Professor
Dr. Richard Ritter von Wettstein
Mitglied des österreichischen Herrenhauses

Wien und Leipzig / Carl Fromme GmbH.

Österreichs Geschichtliche Sendung

Von

Dr. Alfons Dopsch
Professor an der Wiener Universität

Wien und Leipzig / Carl Fromme GmbH.

DB40
D66

Alle Rechte vorbehalten

Verlags-Archiv Nr. 1425.

Buchdruckerei Carl Fromme, G. m. b. H., Wien V.

Vorwort

Die Grundgedanken der folgenden Darlegungen hat der Verfasser an einem „Österreichischen Vortragsabend“ entwickelt, den die „Reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung“ in Berlin am 24. Februar 1917 veranstaltete. Den Zielen dieser, über österreichische Verhältnisse Aufklärung und Verständnis im Reiche zu verbreiten, soll auch die Veröffentlichung hier dienen, in der jene Ausführungen entsprechend erweitert und zu einer kurzen Übersicht über die geschichtlichen Aufgaben und Leistungen Österreichs ausgestaltet wurden.

Vielleicht werden dadurch auch in Österreich weitere Kreise der Gebildeten angeregt, aus den geschichtlichen Grundlagen heraus politisches Verständnis für die Stellung Österreichs in der Gegenwart sich zu bilden.

Wien, im Mai 1917.

A. Dopsch.

Die historische Bestimmung Österreichs ist schon im Namen selbst vorgezeichnet. Das „Österreich“ ist aus der alten Ostmark erwachsen, die bei der ersten Regung des frühgermanischen Imperialismus durch den gewaltigen Frankenkönig Karl nach der Besiegung der Avaren um 800 an der mittleren Donau begründet wurde. Ein Bollwerk der alten Kultur des Westens im Herzen Europas zu sein wider die von Osten her drohende Gefahr halbzivilisierter Völker, war von allem Anfang an ihr hehrer Beruf. Und diese Zwecksetzung hat sie wachsend und werbend dann auch durch alle Folgezeit rühmlich erfüllt.

Es darf als eigentümliche Fügung geschichtlicher Entwicklung hervorgehoben werden, daß diese zunächst kleine Grenzmark — ein Teil bloß des heutigen Landes Niederösterreich — in den großen politischen Wandlungen deutscher Geschichte immer wieder zu steigender Geltung sich hob. Ihr Sein oder Nichtsein, ihr Wachsen und Welken ist seit Anbeginn ein Barometer der innern Machtgröße des deutschen Reiches gewesen. In der Zeit des Verfalles der alten Königsmacht, als das Karolingerreich sich löste

und dahinsank, wird die Ostmark durch die Reiterstürme der Magyaren hinweggefegt (906). Des Reiches Grenze ist schutzlos, die Völker des Ostens dringen unaufhaltsam in das Innere Deutschlands vor, plündern und brandschatzen es wehrlos. Jahrzehnte schwächlicher Ohnmacht folgen . . .

Erst als der große Sachsenkönig Otto des Reiches Macht wieder gefestet hatte, gelingt es ihm 955 in der Vernichtungsschlacht auf dem Lechfelde bei Augsburg diese neue Gefahr aus dem Osten zu beseitigen. Bald darauf, um 970, taucht auch die Ostmark schon wieder auf und an sie reiht sich südwärts ein ganzer Gürtel weiterer Marken an bis zur Adria hinab: die Kärntner Mark an der Mur (später Steiermark), Krain und Istrien. Nun ward die Bahn zu deutscher Machtausbreitung nach dem Osten frei. Sie entwickelt sich in fruchtbarer Kolonisation des Ostalpengebietes, in das vom Südosten her seit Ende des sechsten Jahrhunderts Slawen vorgedrungen waren. Man kann die großen Erfolge dieses Kulturwerkes am deutlichsten an dem Vorrücken der Residenz des hier waltenden Reichsfürsten, des Markgrafen im Ostlande, ablesen. Er waltete zunächst in Pöchlarn. Dort, am Einflusse der Erlaf in die Donau, kennt ihn das deutsche Volksepos von den Nibelungen. Später finden wir ihn auf der Burg zu Melk, darauf weiter östlich in Tulln an der Donau, endlich um die Mitte des

zwölften Jahrhunderts am Ostsaum des Wienerwaldes in Wien. Von seinem Hochsitz auf dem Leopoldsberge schaut er weit bereits nach Ungarns Ebenen hinein . . .

Wir wollen keineswegs übersehen, welch' hohe positive Bedeutung auch der Expansion magyarischer Volkskraft nach dem Westen zukam. Sie brachte nicht nur Zerstörung und Vernichtung, ebensowenig wie die Germanen der sogenannten Völkerwanderungszeit; wie damals, so wurde auch jetzt die Verbindung des Ostens mit der Hochkultur des Westens hergestellt. Zugleich aber ward die slawische Welt des großmährischen Reiches Moimirs, das sich im neunten Jahrhundert von den Sudeten bis zum Plattensee und zur Adria erstreckte, definitiv mit einem starken Sperrkeil durchbrochen, eine Nation voll innerer Widerstandskraft schob sich endgültig zwischen Nord- und Südslawen hinein.

Die Folgewirkung dieser Vorgänge wird nicht gering veranschlagt werden dürfen. Vergessen wir nicht, welch' gefahrenbüstere Wolke am politischen Horizonte Deutschlands damals bereits aufgestiegen war. Jenes großslawische Reich hatte zur Pflege seines volkstümlichen Gottesdienstes bereits griechische Missionäre von Byzanz berufen, Cyrill und Method, wodurch ein fester Rückhalt an der oströmischen Kaisermacht gewonnen ward. Schon erscheint das deutsche Kirchenwesen über den Wienerwald zurück-

geworfen, schon geriet der bayrische Einfluß hier ernstlich in Bedrängnis. Die kühne politische Kombination, dem großen Westslawenreich durch das damals besonders wirksame Band der Kircheneinheit die reichen Machtmittel Ostroms zu sichern, scheiterte an dem neuen magyarischen Königtume Stefans des Heiligen, der im Jahr 1000 sich zur lateinischen Kirche des römischen Papstes bekannte und als Gesetzgeber seinem Reiche im Anschluß an Deutschland eine feste Grundlage schuf.

Durch die wirtschaftliche Erschließung des weiten Ostalpengebietes gewann deutscher Einfluß hier immer weiteren Boden. Gefördert durch das eigene staatswirtschaftliche Interesse der deutschen Kaiser, haben Kirche und Adel, mit reichen Landschenkungen hier bedacht, daran regen Anteil gehabt. Damals ist die große Machtstellung der Kirche in diesem Ostalpengebiet begründet worden, die bereits im Investiturstreit zu so bedeutsamen Ausdruck kam. Dieses große Ringen zwischen Kaiser- und Papsttum hat die politische Bedeutung dieser südöstlichen Reichsgebiete noch nach anderer Richtung hin akzentuiert.

Das Lebensinteresse der deutschen Kaiser mußte jetzt darauf gerichtet sein, im Süden gegen Italien festen Fuß zu fassen und insbesondere die strategischen Zugangslinien dahin sicher zu beherrschen. Schon Heinrich II. und Konrad II. haben am Beginne des elften Jahrhunderts die für ihre italienische

Politik so wichtige Brennerstraße gesichert, indem sie zwei geistliche Fürstentümer, Brixen und Trient, durch Ausstattung mit Hoheitsrechten dem Reiche verbanden. Heinrich IV. verlieh seinem getreuen Brixener Bischof im Investiturstreit auch noch den Machtbereich im Pustertal hinzu (1091). In Kärnten und Obersteier erhielt Heinrichs II. Lieblingsstiftung Bamberg reichen Besitz. Das kaisertreue Geschlecht der Eppensteiner wurde dort mit dem Herzogtum betraut und einem von ihnen, der Patriarch von Aquileja war, auch die Marken Krain und Istrien verliehen (1077), eine Südmarkenpolitik, die das Gegenspiel zu der Machtentwicklung des römischen Papsttums im Bereiche des südostdeutschen Episkopates darstellt.

Schon dachte man in Deutschland, als das Geschlecht der Salier mit Heinrich V. (1125) ausstarb, ernstlich daran, dem Markgrafen von Österreich, Leopold III., die höchste Reichsgewalt zu übertragen. Es kam nicht dazu. Aber in dem folgenden Kampfe zwischen Staufen und Welfen haben die ostmärkischen Babenberger eine große Rolle gespielt. Leopold IV. erhielt als Stiefbruder König Konrads III. das dem Welfen abgenommene Herzogtum Bayern und dessen Bruder Heinrich II. dann 1156, als Kaiser Friedrich I., der Rotbart, seinen Ausgleich mit den Welfen zustande brachte, für die Herausgabe Bayerns in Österreich selbst die Herzogswürde. Die alte Ostmark trat jetzt selbständig neben Bayern erfolgreich

zur eigenen Landesherrlichkeit aufstrebend. Die innerdeutsche Reichspolitik des kaiserlichen Neffen Barbarossa, gegenüber dem welfischen Großherzogtum das schwächere deutsche Fürstentum besonders an den Reichsgrenzen zu befördern, kam Österreich zu statten. Steiermark ward 1180 Herzogtum und bald darauf (1192) mit Österreich vereinigt, was den Babenbergern die entscheidende Machtstellung in Südostdeutschland sicherte. So bildeten sie hier am frühesten in dem großen Wandlungsprozeß der deutschen Staatsverfassung zum landesfürstlichen Territorialismus eine Sonderstellung aus, deren wirtschaftliche Stärke sie in der Folge zur Bewältigung immer größerer Aufgaben befähigte.

Die Zukunft deutscher Machtausdehnung lag seit der Lockerung des Reichsverbandes immer mehr im Norden und Osten. Was dort Heinrich der Löwe und die Askanier in Brandenburg vollbrachten, was an der mittleren Elbe die Wettiner tätig betrieben, das haben im Südosten die Babenberger von Österreich-Steier mit gleichem Erfolge gewirkt. Man darf in ihren Errungenschaften, daß sie ihr Territorium im äußeren Gebietsumfang vergrößerten und arrondierten, daß sie ihre landesherrliche Gewalt im Innern festeten und die Gunst der geographischen Lage in zielbewußter Handelspolitik wirtschaftlich ausnützten — nicht bloß das nächste Ziel allein werten. Wie immer sie in erster Linie dem Erstarken

des Territorialismus dienten, sie kamen im ganzen und großen doch auch dem Reiche zugute, in dessen Kreise nun auch die angrenzenden Fremdländer gezogen wurden. Die Ausstrahlung deutscher Kolonisation nach Polen und Böhmen, nach Ungarn-Siebenbürgen und bis Friaul hinab zur Adria hin, sie war im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert nur möglich auf Grund des großen Kulturwerkes der deutschen Fürsten in der vorausgehenden Zeit. Und es fragt sich, ob selbst bei einem anderen Ausgange des großen Kampfes zwischen Kaisertum und Papsttum, auch von einer starken Zentralgewalt aus diese Aufgaben hätten ebenso wirksam durchgeführt werden können.

Neuerdings bewährte sich der Ostmark alte Bestimmung, als der große Mongolensturm um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts (1241) nach Europa hereinflutete und auch Ungarn mit seinen Sturzwellen begrub. Am Rande des Wienerwaldes kam er zum Stehen und vermochte nicht, auch Österreich selbst zu überwältigen.

Bald darauf starb das alte Fürstengeschlecht der Babenberger mit Herzog Friedrich II. aus (1246). Das weitere Schicksal Österreichs gestaltete sich zu einem wichtigen politischen Problem, an dem Deutschland um so mehr interessiert war, als das staufische Kaisertum seinen letzten Daseinskampf mit dem römischen Papsttum stritt. Wer sollte Herr über diese

zwei so mächtigen Herzogtümer werden? Da die Reichsgewalt, in Italien beschäftigt, nicht die nötige Macht hier einsetzte, bemächtigten sich die Nachbarn des reichen Erbes. Im Wettstreite mit Bayern und Ungarn trug Ottokar von Mähren den Sieg davon. Vom Glücke politischer Tatkraft begünstigt, richtete er mit immer neuen Erfolgen ein Großreich auf, das mit seiner sudetischen Heimat nicht nur das Babenbergererbe, sondern bald auch (1269) jenes der Herzoge von Kärnten-Krain vereinigte. Wohl sah Ungarn diesem politischen Neugebilde nicht ruhig zu, riß vorübergehend (1254—1260) auch Steiermark an sich und suchte die Adria zu gewinnen (1271). Allein Ottokar wehrte den Vorstoß ab, nachdem er schon 1260 Steier erkämpft hatte.

Mußte nicht das Reich selbst in seiner Zerrissenheit von damals ohne feste Führung (Interregnum) dem gewaltigen Druck von Osten her sich beugen? Schon wandten sich einige Fürsten in des Reiches Not ihm zu, schon streckte er seine Hand nach dessen Krone aus. Sollte Deutschland von Böhmen aus fürder regiert werden?

Mit der Wahl des Habsburgers Rudolf (1273) ward die Lösung der österreichischen Frage zur wichtigsten Lebensaufgabe des neuen Königs im Reiche. Mußte der arme schwäbische Graf nicht neben dem mächtigen Böhmen doch auf dem zweiten Platze stehen bleiben? König Rudolfs politischer Scharfblick

hat das Ostmarkenproblem in seiner ganzen großen Tragweite für die Zukunft deutscher Reichsgewalt erfaßt und mit Umsicht und bewunderungswerter Ausdauer an dessen Lösung gearbeitet. Wie er mit außerordentlichem Geschick alle die oppositionellen Elemente, die wider Ottokars drückende Herrschermacht sich gebildet hatten, durch politische Konzessionen auf seine Seite brachte, um schließlich nach glücklich durchgeführter Einkreisung des Böhmen mit Ungarns Hilfe zum entscheidenden Schlage auszuholen, das wird für alle Zeiten ein Meisterstück diplomatischer Feinarbeit bleiben. In der Schlacht auf dem Marchfelde, wo der Habsburger 1278 seinen gefährlichen Rivalen niederrang, ward Deutschlands weiteres Schicksal entschieden. Die böhmische Macht, die sich doch auch der Hilfe Polens und Schlesiens, Brandenburgs und Thüringens, wie Meissens erfreute, war gebrochen. Nun aber erfolgte eine großzügige Neuorganisation des deutschen Südostens, durch die Rudolfs politisches Genie den diplomatisch-militärischen Erfolg erst zu einem dauernden Gewinn für Deutschlands Größe ausbaute. Daß es ihm gelang, in unermüdlicher Arbeit über alle die zahlreichen Schwierigkeiten im Innern wie bei seinen Bündnern hinweg schließlich ein großes Stück der reichen Beute seinen Söhnen zuzuwenden (1282) und damit hier eine feste Hausmacht zu begründen, hat dem neuen Deutschland im Südosten eine feste Basis geschaffen. Ober-

und Niederösterreich mit Steiermark und Krain, den Habsburgern vom Reiche als Lehen jetzt übertragen, machten nicht nur die militärische Machtstellung des in Schwaben und Elsaß begüterten Fürstengeschlechtes im Süden zu einer überragenden, sondern sicherten ihm auch finanzielle Hilfsmittel in einem Ausmaße, das jene des deutschen Königtums übertraf. Wir verstehen, warum Rudolf auf die Erwerbung dieser österreichischen Länder ein so großes Gewicht legte.

Die außerordentlichen Erfolge der Habsburger blieben nicht ohne Rückwirkung im Reiche. Eine mächtige Opposition erhob sich, die rasch um sich griff, als das Streben Rudolfs ruchbar wurde, die Krone in seinem Hause erblich zu machen. Der Tod des Königs (1291) war das Signal zu einer ungeheueren politischen Reaktion, die sich von den Stammgütern in der Schweiz bis nach der Steiermark hin ausdehnte und Böhmens Ansprüche auf das Verlorene wieder aufleben machte. Sollte die Reichsgewalt von neuem zur alten Machtlosigkeit verfallen? Schon war es Böhmen gelungen, die Wahl Albrechts, des Sohnes Rudolfs, zu vereiteln. Es fand an Adolf von Nassau, dem Neugewählten, ein williges Werkzeug zur Demütigung der so rasch emporgediehenen Habsburger. Die Schweiz sollte sich ihrer entledigen, Kärnten mit Krain an Böhmen, die Steiermark aber an Bayern fallen.

Daß die großzügige Neuschöpfung Rudolfs nicht

also rasch zersplitterte, hat Albrechts militärische Begabung hintangehalten. Durch energischen Vorstoß mitten im Winter über den Semmering hat er den Aufstand in Steiermark gedämpft und sich mit kluger Nachgiebigkeit auch Adolfs Anerkennung versichert. Mit vorläufigem Verzicht auf die Reichsgewalt vermochte er im Innern seiner Herzogtümer der landesfürstlichen Gewalt in bedeutsamen Verfassungskämpfen mit der Kirche, dem Adel und Städten zurückzugewinnen, was Rudolf zuvor hatte opfern müssen, um sein Hauptziel, die Niederwerfung Ottokars, zu erreichen. Dadurch ward Österreich vor der Frühentwicklung der Ständemacht bewahrt und die Möglichkeit gewonnen, in der Folge noch eine starke fürstliche Außenpolitik ungehemmt durch innere Schwierigkeiten zu entfalten. Ich möchte sagen: Die Kontinuität des habsburgisch-österreichischen Aufstieges im vierzehnten Jahrhundert ward nach einer bedrohlichen Krise beim Tode Rudolfs gerade durch Albrechts I. Wirksamkeit gewährleistet.

Man beachte wohl, wie die Habsburger von Österreich aus damals schon die Erwerbung Ungarns (1290) und Böhmens (1306) einzuleiten suchten. Daß Albrecht vorzeitig von seinem Neffen (1308) ermordet wurde, vereitelte den Erfolg. Auch die neue Thronkandidatur Friedrichs des Schönen im Reiche (1314) ging fehl. Aber die italienische Politik seines glücklichen Rivalen, Ludwigs von Bayern, sowie

die Ausbreitung der luxemburgischen Macht, die nach der Gewinnung Böhmens auch auf Kärnten und Tirol gerichtet war, führte die Wittelsbacher und Habsburger doch wieder zusammen und ließen diese zunächst Kärnten nach dem Erlöschen des Herzogshauses (1335), später (1363) auch Tirol gewinnen, wofür Herzog Albrecht II. von Österreich (1330—1358) erfolgreich vorgearbeitet hatte.

Die „deutsche Treue" König Friedrichs des Schönen, der sich seinem Gegner wieder stellte, ist der Nachwelt in Erinnerung geblieben. Die größere Tat aber haben die Habsburger sicherlich damit vollbracht, daß sie naheliegende und verlockende Revanchegedanken überwanden und sich doch mit ihrem alten Obsieger Ludwig verbanden (1330), um die weitere Ausbreitung der luxemburgisch-böhmischen Macht hintanzuhalten. Schon hatte ja König Johann in Oberitalien festen Fuß gefaßt, was um so gefährlicher werden konnte, als er nicht nur zum Papste, sondern auch zu Frankreich nahe Beziehungen unterhielt.

Mit der Erwerbung Tirols ward die Landbrücke von Österreich zu den alten Hausbesitzungen der Habsburger in Schwaben geschlagen, zumal sich bald noch weitere Erwerbungen im Gebiete vor dem Arlberge (1375) anschlossen.

Herzog Rudolf IV., einer der hochstrebendsten Territorialfürsten des späteren Mittelalters, hat in

seiner kurzen Regierung (1358—1365) durch eine sehr rührige Familienpolitik den Grund zur Großstaatsentwicklung Österreichs gelegt. Er schloß im Sinne seiner Zeit Erbschaftsverträge mit den Königen von Böhmen und Ungarn ab, gewann durch Verheiratung seines jüngeren Bruders Leopolds III. mit einer Görzer Gräfin Aussichten auf das reiche Erbe dieses im Süden weithin begüterten Fürstengeschlechtes und hat auch gegenüber dem Patriarchate von Aquileja die habsburgische Einflußsphäre an die Adria vorzuschieben gesucht. Ein politisches Programm, dessen Ausführung dann in den folgenden Jahrhunderten schrittweise verwirklicht werden konnte. Zunächst fiel ein Teil des Görzer Erbes den Habsburgern zu, Gebiete am Karst und in Istrien (1374), was dann Triest den Anlaß gab, sich ihnen als Beherrscher des Hinterlandes zu unterwerfen (1382), als es sich von Venedig losriß. Im fünfzehnten Jahrhundert drangen sie auch nach Fiume vor und setzten so den zweiten Fuß fest ans Gestade der Adria.

Zuvor schon hatte Herzog Albrecht V. von Österreich (1411—1439) ob seiner Vermählung mit der Erbtochter des Hauses Luxemburg von Kaiser Sigismund Mähren zu Lehen erhalten (1423) und nach dessen Tode auch in Ungarn und Böhmen die Herrschaft erlangt, da seine Gemahlin als Erbin dieser Königreiche anerkannt wurde. So war die Verbindung der drei großen Nachbarreiche nunmehr

(1438) Tatsache geworden, nachdem schon im dreizehnten Jahrhundert Ottokar II. einen großen Teil des heutigen Zisleitanien unter seiner Herrschaft vereinigt hatte. Man wird auf Grund der tatsächlichen Entwicklung geradezu von einer historischen Tendenz zur Vereinigung dieser drei so verschiedenen Staatsgebilde sprechen dürfen. Denn wenn auch infolge des Todes Albrechts V. die Verbindung schon 1439 gelöst ward, bevor sie sich einleben konnte, so darf nicht übersehen werden, daß sie noch in demselben Jahrhundert sich wieder und wieder durchsetzte. Einmal von Ungarn aus, als König Mathias Corvinus Böhmen gewonnen und einen Teil Niederösterreichs mit Wien, wo er seine Residenz nahm (1485), erobert hatte; dann von Böhmen aus teilweise doch, als König Wladislaw nach dem Tode des Mathias auch König von Ungarn wurde.

Es kann sich also nicht nur um ein künstliches Gebilde rein dynastischer Erwerbungs- oder Heiratspolitik dabei handeln, um so weniger als im fünfzehnten Jahrhundert die nationalen Bestrebungen in Böhmen wie in Ungarn bereits sehr stark hervortraten. Die Verbindung ist begründet in den natürlichen Bedingungen des großen Stromgebietes der Donau, die seit uralten Zeiten rege Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen West und Ost vermittelt hatte und durch ihren Nebenfluß, die March, auch Mähren und das Sudetenland gegen Süden

aufschloß. Sie ist aber weiter noch das feste Unterpfand wechselseitiger Sicherung der Einzelstaaten gegen jede Bedrohung durch feindliche Übermacht, eine Rücken- und Flankendeckung von wiederholt erprobter strategischer Bedeutung. Denn die großen Stromläufe der Donau und ihrer Nebenflüsse (Theiß, Save, Drau, March) sind ja zugleich auch natürliche Einfallspforten und Zugangslinien ins Innere dieser Staaten, die den aus Osten und Südosten her vordringenden Eroberern immer wieder gedient haben. Erinnern wir uns nur: Nicht nur die Avaren hatten einst von Osten her das Frankenreich bedroht und auch die Slawen des Westens sich unterworfen, im zwölften Jahrhundert hatte Ungarn im Kampfe gegen den oströmischen Kaiser an Böhmen und Österreich Verbündete gewonnen. Jetzt im fünfzehnten Jahrhundert rückte ein neuer Großeroberer, die Türken, immer bedrohlicher gegen Westen vor. Nach dem Falle Konstantinopels (1453) stand ihnen kein ernstliches Hindernis mehr im Wege. Nicht nur Kroatien und Slawonien waren ihren Plünderungen ausgesetzt, sie drangen bereits nach Krain, sowie die Drau aufwärts nach Südsteiermark vor. Die Stände der zunächst bedrohten innerösterreichischen Länder schlossen sich zu gemeinsamer Abwehr zusammen. Schon ward man in Deutschland selbst die Gefahr inne und rief zur Hilfe auf. Wer sollte sie in diesen Zeiten des Partikularismus, innerer Zerrissenheit und Haders zu stellen vermögen!?

Gerade damals hatte die habsburgische Macht einen großartigen Aufschwung im Westen genommen. Das weite burgundische Reich, das sich vom Jura bis zur Nordsee, nach Flandern hin, erstreckte, brachte Kaiser Friedrichs III. Sohn, Maximilian, durch seine Vermählung mit Maria von Burgund in seine Hand (1477). Man stelle sich vor, was Habsburg jetzt, am Ausgange des Mittelalters, für das heutige Deutschland, ja Zentraleuropa, bedeutete. Seiner ganzen weiten Süd- und Westfront entlang ward dieses nunmehr von habsburgischem Besitz umfaßt: von der Ostmark und der mittleren Donau herwärts, über das Elsaß den Rhein bis zur Nordsee hinauf! Wie ein fester Panzergürtel legte sich diese gewaltige Hausmacht in weitem Bogen Deutschland nach außen abschließend herum, aller Vorteile der inneren Linie und der Rückendeckung teilhaftig. So blieb den Habsburgern als mächtigsten Beschützern des Reiches die deutsche Kaiserkrone, als das kräftig emporgediehene Frankreich nach glücklichen Erfolgen in Oberitalien unter Franz I. seine Hand über den Rhein ausstreckte . . .

Maximilians I. Sohn, Philipp der Schöne, leitete dann als Gemahl Johannas von Kastilien die Erwerbung Spaniens ein, die der Enkel Karl V. 1516 vollendete. In seinem Weltreich ging die Sonne niemals unter! Und glücklich leuchtete Habsburgs Stern zur selben Zeit auch im Osten, da auf

dem Fürstenkongresse zu Wien (1515) die Doppelheirat von Maximilians Enkeln mit den Kindern Wladislaws, der die Kronen Böhmens und Ungarns zugleich trug, vereinbart wurde. Der historisch-politische Denker wird die Weltmachtstellung, welche die Habsburger damit errangen, nicht bloß glückhafter Heirat zuschreiben dürfen: Tu Felix Austria nube! Das, was ihrer Werbung den Erfolg verschaffte, war doch die politische Anziehungskraft ihrer Hausmacht, die angesichts der neuen Tendenzen zur Großstaatenbildung am Ausgang des Mittelalters absterbenden Fürstengeschlechtern Sicherung für die Zukunft verbürgte.

Solche Erwägungen mußten gerade in Böhmen und Ungarn Einfluß gewinnen. Die königliche Macht war dort im letzten Jahrhundert ausgesprochen nationaler Sonderentwicklung vor übermächtig gewordenen Ständen, an deren Spitze der wirtschaftlich überragende Adel stand, rasch verfallen; zugleich mit dem deutschen Einfluß aber auch die wirtschaftliche Blüte von einst verwelkt.

Dieser Verfall, in Böhmen nicht weit von völliger Anarchie, ward im militärischen Unvermögen auf den Schlachtfeldern offenbar. Schon hatten ja die Türken in unaufhaltsamem Siegeslauf die Balkanländer völlig erobert, Ungarn war jetzt ihr nächstes Ziel. Der Zweistaatenkönig Ludwig II. fiel in der Vernichtungsschlacht bei Mohacs (1526).

Nun war Österreich, seinem Berufe treu, dem Reiche, ja Mitteleuropa überhaupt, von neuem der Schild vor dem Herzen. Es ist der welthistorische Augenblick, da besonnene Politiker in Ungarn wie Böhmen trotz starker nationaler Gegenströmung doch auf den Habsburger ihre Blicke richteten und Ferdinand I., den Bruder Kaiser Karls V., zum Könige wählten. Einer der folgenschwersten Vorgänge der Weltgeschichte, denn dadurch wurde das westslawische Sudetenreich ebenso wie das magyarische Großkönigtum, zu dem im Mittelalter nicht nur Kroatien und Slawonien, sondern auch beträchtliche Teile der Balkanländer, die Moldau und Walachei, zeitweise auch Bosnien und Serbien gehört hatten, von neuem mit dem Deutschtum in Verbindung gesetzt. Sie haben seither Glieder der mitteleuropäischen Staatenwelt gebildet und an den Geschicken dieser bedeutsamen Anteil genommen.

Freilich! Ungarn und vollends dessen Nebenländer mußten erst erobert werden. Nur ein kleiner Streifen im Nordwesten fiel dem Habsburger zunächst wirklich zu. Und nahezu zwei volle Jahrhunderte dauerte der große Kampf, bis diese Eroberung völlig gelang. Die große Zeit der Türkenkriege! Sie barg aber gerade vom Standpunkte Mitteleuropas doch viel mehr noch in sich an politischen Problemen. Denn nicht um die Verteidigung bloß der Südostfront handelte es sich damals. Mit den Türken im Bunde stand doch zu-

gleich auch die Machtpotenz des europäischen Westens, Frankreich. Da es sich seit der Festsetzung der Habsburger im burgundischen Reich und in Spanien ringsum eingeschnürt fühlte, wollte es sich dieser drohenden Umklammerung durch eine großangelegte Offensivpolitik entwinden. So stellt das gewaltige Ringen der Häuser Bourbon und Habsburg seit den Tagen Franz I. bis auf Ludwig XIV. den großen Kampf um die Vorherrschaft in Europa dar.

Frankreich verstand es meisterhaft, den großen Riß, der in der Reformation durch Deutschland ging, zu seinen Gunsten auszunützen. Es vermochte daraus über die Interessen der mit ihm verbündeten protestantischen Reichsfürsten hinweg für sich politisch Kapital zu schlagen. Man würde diese große Werdezeit des neuen europäischen Staatenprofils einseitig auffassen, wollte man darin bloß religionspolitische Kämpfe großen Stils sehen. Gewiß, die Anhänger der neuen Lehre in Deutschland stritten in ehrlicher und heiliger Überzeugung für Glaubens- und Gewissensfreiheit gegen Rom und die gewaltig erstarkte katholische Weltmacht der Habsburger. Aber enge verknüpft war damit doch auch der innere Kampf um die Reichsgewalt zwischen dem Territorialfürstentum — dem wichtigsten Ergebnis mittelalterlicher Staatsentwicklung — und dem alten Kaisertum. Der größte Verfassungskampf, den Deutschland in seiner Geschichte ausgekämpft hat!

Die deutschen Fürsten überwanden das Kaisertum. Zum guten Teil auch deshalb, weil dessen Träger, die Habsburger, von West und Ost durch äußere Feinde bedrängt, in ihrer inneren Politik gelähmt wurden.

So versagten sich Deutschlands zersplitterte Kräfte einer großzügigen Außenpolitik, im Partikularismus befangen, ja Frankreich, das unter Franz I. und Heinrich II. die Glaubensgenossen (Hugenotten) daheim verfolgte, zu schmählicher Bereicherung an deutschem Reichsbesitz verhelfend (Metz, Toul und Verdun 1552). Und dieser Reichsfeind hat durch die ganze lange Zeit der Türkenkriege auch im Osten immer wieder gegen die Habsburger geschürt, den Türken zu Hilfe, Umtriebe in Ungarn zettelnd, Österreich, wo es nur anging, Schwierigkeiten und Hindernisse zu bereiten. Durch seine reichen Geldmittel wurde der Widerstand gegen Österreich finanziert. Es wachte aber auch sorgsam darüber, jede neue Machtausbreitung seines Rivalen gen Osten zu vereiteln. Als die Habsburger sich nach dem Aussterben der Jagellonen (1571) um das neue Wahlkönigtum in Polen bewarben, um von dort aus einen festen Stützpunkt gegen die Türken in Ungarn zu gewinnen, überflügelte sie die französische Gegenwerbung in Warschau mit klingendem Golde.

Die Habsburger waren damals, zugleich Träger des deutschen Kaisertums, wahrhaft die Beschützer

Mitteleuropas nach zwei Fronten hin: in West und Ost, am Rhein und in Ungarn bis über die Karpathen hinauf. Es ist jüngst von einem preußischen Historiker geurteilt worden: Nicht daß dieser Kampf so lange gedauert hat, ist zu verwundern, sondern daß soviel doch noch behauptet werden konnte.

Denn auch die reichen Mittel Spaniens, die unter Karl V. den Habsburgern im Osten zugute kamen, versiegten ja bald, als mit dem großen Kampf gegen die abtrünnigen Niederlande und England Spaniens wirtschaftlicher Verfall einsetzte.

Die Leistungen Österreichs müssen aber dann noch um so größer erscheinen, wenn wir die schwierigen inneren Verhältnisse des Habsburgerreiches von damals uns vergegenwärtigen. Der Großstaat, den Ferdinand I. 1526 begründete, war ja nicht ein Reich geschlossenen Gefüges, sondern drei voneinander unabhängige politische Bildungen voll politischer und wirtschaftlicher Gegensätze. Zusammengehalten bloß durch das Herrscherhaus, sowie die gemeinsame Bedrohung von außen. Und wenn es auch damals noch nicht ein Nationalitätenproblem im modernen Sinne hier gegeben hat, so möchte ich die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten, die im Innern zu überwinden waren, doch kaum geringer einschätzen. Sie entsprossen aus anderer Wurzel, sie waren auch anders gerichtet. Aber sie waren ebenso hartnäckig und vielfältig in ihrer Wirkung.

Nicht nur, daß im Sudetenreich eine mächtige Adelsoligarchie keine starke Königsgewalt aufkommen ließ und die Landesverwaltung beherrschte; ganz abgesehen auch von der Schwäche der habsburgischen Position in Ungarn, die nur mit schwerem finanziellen Aufwand militärisch gehalten werden konnte, — selbst die österreichischen Erbländer waren keineswegs immer gefügig. Jedes von ihnen, ob und unter der Enns, an der Mur und Drau, an der Save, am Isonzo wie am Inn betonte seinen Sonderstandpunkt und hielt zäh an den alten landständischen Privilegien fest. In Linz und in Graz, in Klagenfurt und Innsbruck, in Laibach und in Görz verstand man sich nur ungern dazu, einander gegenseitig von Land zu Land Hilfe zu stellen. Die Landstände waren nur dann einig, wenn es galt, die Anforderungen des Landesfürsten auf den Landtagen zu bekämpfen, oder neue Privilegien zur Hebung ihrer Stellung von ihm zu gewinnen. Und wie lähmend wirkte der religiöse Gegensatz gerade in diesen Erbländern, die zum großen Teil protestantisch geworden waren! Die Landstände, Anhänger der neuen Lehre, sahen in dem katholischen Landesfürsten ihren natürlichen Gegner, ein Grund mehr ihm Opposition zu machen. Von ihnen aber war der habsburgische Herrscher doch finanziell abhängig, sie hatten das Steuerbewilligungsrecht und auch an der Gesetzgebung Anteil. In der Regel blieben ihre Bewilli-

gungen weit hinter den Staatsnotwendigkeiten zurück und konnten oft nur mit empfindlichen Konzessionen politischer Art errungen werden.

Aber nicht nur die finanzielle Lage des österreichischen Herrschers war trostlos, auch seine militärischen Machtmittel ließen viel zu wünschen übrig. Auch da war er auf die Stände angewiesen. Sie bewilligten nicht nur nach einzelnen Ländern das „Landesaufgebot", sondern rüsteten es auch selbst aus und besorgten dessen Verpflegung. Im entscheidenden Augenblicke des Bedarfes fehlte es oft an der entsprechenden Truppenmenge, das ausziehende Heer war bunt zusammengewürfelt, verschieden geartet in Kommandosprache und Rüstung, was auch die Führung nicht selten ungünstig beeinflußte.

Wohl waren die Habsburger seit Maximilian I. bestrebt, die unter ihrem Zepter vereinigten Länder durch eine gemeinsame Verwaltungsorganisation einheitlich zu überbauen und eine innere Verbindung anzubahnen. Aber diese Verwaltungsreformen waren doch auf die Zentralstellen beschränkt und vermochten nicht nach unten durchzudringen, da die Stände zähe ihre Länderautonomie verteidigten und die Hofbehörden doch auf die Länderstellen (Kanzleien, Länderkammern) angewiesen waren. Sie bedeuteten praktisch um so weniger, als bereits nach dem Tode ihres Schöpfers, Ferdinands I., eine Teilung der Erblande unter seine drei Söhne eintrat (1564) und

diese nun nach dem Wiener Vorbild ihrerseits eigene Behörden ins Leben riefen. Eine neue Kräftezersplitterung, neue Hemmnisse der Schlagfertigkeit nach außen!

Der alte politische Antagonismus zwischen Ständen und Landesfürstentum wurde im sechzehnten Jahrhundert durch den religiösen Zwiespalt so verschärft, daß erstere wiederholt sich direkt mit den Feinden des Herrschers im Auslande verbanden, um die Forderungen der Protestanten nach religiöser Freiheit bei ihm durchzusetzen. So wurden von Böhmen zur Zeit des Schmalkaldner Bundes (1547) Verhandlungen mit Sachsen, so besonders in den Tagen der „Union" solche mit Christian von Anhalt angeknüpft, dem sich dann auch mährische und österreichische Adelige zuwandten.

Endlich waren auch die wirtschaftlichen Kräfte des Habsburgerreiches gebunden durch die einander widerstreitenden Sonderinteressen der produzierenden Klassen. Der großgrundbesitzende Adel sog die bäuerlichen Hintersassen aus und verhinderte, der Landtage mächtig, jede noch so wohlgemeinte Bauernschutzgesetzgebung des Landesherrn, die doch schon unter Ferdinand I. sich regte. Das Bürgertum aber, das am Ausgang des Mittelalters ein blühendes Gewerbe und einträglichen Handel entwickelt hatte, verfiel ob des Verlustes seiner politischen Rechte (1526) immer mehr, zumal auch die großen Handelsgesellschaften

der Kapitalisten den alten Kleinbetrieb überholten. Spannungen, kaum geringer als heute, zwischen Agrariern und Industriellen, Klagen über Preiswucher wie in der modernen Zeit der „Ringe" und Trusts . . .

* * *

Und doch hat dieses alte Österreich zusammengehalten, ja trotz so vieler und großer Schwierigkeiten auf eine großangelegte Außenpolitik keineswegs verzichtet. Mitten in den religionspolitischen Wirren und der Türkennot ward wiederholt die Erwerbung Polens doch versucht (1572, 1575 und 1586). Auch die Pläne zur Wiedergewinnung der Niederlande, die womöglich doch noch für das Gesamthaus gerettet werden sollten (1577, 1598), sind deutliche Zeugen dafür.

Man kann nicht einmal sagen, daß die hohe Staatspolitik damals eben schlechthin dynastisch gewesen sei. Die Landstände haben ihrerseits dort, wo es ihren Eigeninteressen förderlich schien, sehr umfassend und ausgreifend auch darauf Einfluß genommen. Als drastisches Beispiel dafür mag der sogenannte „Bruderzwist im Hause Habsburg" am Beginne des siebzehnten Jahrhunderts dienen. Damals hat die politische Zerklüftung der habsburgischen Monarchie ihren Höhepunkt erreicht. Sie war aber keineswegs nur auf die Stellungnahme der

Erzherzoge wider Kaiser Rudolf II. beschränkt, dessen schwere Gemütskrankheit ihn immer weniger geeignet erscheinen ließ, die von allen Seiten bedrohten Gesamtinteressen des Hauses Habsburg wirksam zu vertreten. Daß sie 1606 seinen jüngeren Bruder Mathias zum Haupte erkoren, war doch nur das Signal zu der allgemeinen Erhebung. Die Stände zwangen Kaiser Rudolf II. gegen seinen Willen die ihnen und den Interessen ihrer Länder entsprechende Außenpolitik auf, in dem sie ihn zur Anerkennung des Friedens mit den Türken (Zitva-Torok), sowie der Wiener Vereinbarungen über die religiösen Zugeständnisse an Ungarn nötigten. Mathias war doch nur ein Werkzeug in ihren Händen und mußte seine Erhebung zum König in Ungarn teuer genug mit den „Antekoronationsartikeln" bezahlen (1608)! Sie und der „Majestätsbrief" für Böhmen (1609) bezeichnen einen Höhepunkt ständischer Errungenschaften. Die Stände machten auch weiterhin ihre eigene Politik, indem sie auf dem Generallandtag zu Linz (1614) — den man als erstes Parlament der habsburgischen Länder bezeichnet hat — die geforderten Mittel zum Kriege wider Bethlen Gabor verweigerten, der sich mit Hilfe der Türken zum Fürsten von Siebenbürgen aufgeschwungen und deren Oberhoheit anerkannt hatte.

Im nächsten Jahre aber wollten sie auf dem Generallandtag in Prag gar eine neue Föderativ-

verfassung mit engerem staatsrechtlichen Zusammenschluß aller Länder und eine feste Defensionsordnung schaffen, die, gestützt auf die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen, den Herrscher zu völliger Abhängigkeit herabgedrückt hätte. Das Projekt scheiterte an der Uneinigkeit und Eigenbrödelei der verschiedenen Länder.

Aber die Gefahr, daß die Sonderbestrebungen dieser die Reichseinheit selbst bedrohen und die Außenfeinde der Habsburger zu dessen Zerstückelung aufreizen könnten, stieg um so mehr, als selbst das verwandte Spanien, bisher der feste Rückhalt Österreichs, nunmehr angesichts der Kinderlosigkeit des Kaisers Mathias Ansprüche auf die deutsche Kaiserkrone, sowie österreichischen Länderbesitz erhob (1616). Bald lohte der Feuerbrand voller Revolution über Böhmen (1618). Ferdinand II., obwohl noch bei Lebzeiten des Kaisers Mathias († 1619) als König „angenommen", wurde abgesetzt und Friedrich V. von der Pfalz zum König gewählt.

Österreich schien einer vernichtenden Katastrophe zuzutreiben. Die böhmischen Revolutionäre verhandelten bereits mit den habsburgfeindlichen Mächten des Auslandes. Nicht nur mit der Union, auch Savoyen, Venedig und England traten auf den Plan, bereit, eine Teilung der österreichischen Länder durchzuführen. Die Gefahr war aufregend groß. Schon hatte ja auch der protestantische Adel Ober- und

Niederösterreichs offen mit Böhmen ein Bündnis geschlossen und Rüstungen begonnen. In Oberungarn brach ein Aufstand aus (Rákóczy), von Siebenbürgen her aber marschierte Bethlen gegen Wien. Wie, wenn die Kooperation mit den Böhmen und Oberösterreichern wirklich gelang? Schon stand der siebenbürgische Fürst nahe der Kaiserstadt. Schon war sie westwärts auch von jeder Zufuhr abgeschnitten. Sollte des ersten habsburgischen Kaisers stolze Verheißung: „A(ustria) E(rit) I(n) O(rbe) U(ltima)" jetzt schon zuschanden werden? Wie, wenn Böhmen sich wirklich losriß, die Sudetenländer gänzlich verloren gingen? Es waren doch noch keine 100 Jahre vergangen, daß es ebenso wie Ungarn selbständige Könige besessen hatte. Konnten die Habsburger alsdann darauf rechnen, ihre Ansprüche auf Ungarn noch zu verwirklichen, von dem ein Drittel in türkischem Besitze war, ein zweites aber, Siebenbürgen, seine Unabhängigkeit tatsächlich schon behauptete? Und mußten nicht, wenn die protestantischen Stände ob und unter der Enns Erfolge erzielten, diese auch die übrigen Erblande zur Erhebung reizen? In Steiermark war die Opposition nur mit Mühe zurückgehalten und selbst Tirol zu keiner aktiven Hilfe zu haben . . .

So ward die Schlacht auf dem Weißen Berge bei Prag, wo 1620 Kaiser Ferdinand II. mit der böhmischen Revolution zusammenstieß, ein Lostag

erster Ordnung für Österreichs Sein oder Nichtsein. Alles stand auf dem Spiele. Kaum daß die Kaiserlichen sich getrauten, die Schlacht sofort zu schlagen. Sie ward glänzend gewonnen, noch ehe der Gegenkönig Friedrich an seiner vollbesetzten Tafel Kunde von ihr erhalten hatte. Der Habsburger siegte. Seine Gegner wurden vernichtet. Wir dürfen dieses große Ereignis nur nicht bloß vom Standpunkte des religiösen Gegensatzes von damals aus werten, nicht die nächsten Folgen allein im Auge behalten. Die großen Fernwirkungen auf die Zukunft sollen nicht übersehen werden. Es ist einer der großen Wendepunkte der inneren Staatsgeschichte Österreichs.

Dieses nahm, statt unterzugehen und eine wohlfeile Beute seiner Feinde zu werden, von da an einen ungeahnten Aufschwung. Denn die Folge des Sieges war nicht bloß die bekannte Reaktion auf religiösem Gebiete, die berüchtigte Gegenreformation mit all ihrem Greuel und Dragonaden; sie war zugleich eine Neugestaltung Österreichs im Innern, eine erfolgreiche Staatsreform zur Verstärkung der Herrschermacht. Hier in Böhmen beginnt der fürstliche Absolutismus einzusetzen und verbreitet sich dann auch auf die übrigen Länder Österreichs weiter. Die enge Verquickung der religiösen Frage mit dem politischen Gegensatz wider den Landesfürsten, welche die protestantischen Stände in Zeiten der Reformation hier zustande gebracht hatten, schlug nun auch politisch

um zum Nachteil der ständischen Sache. Ihr Niedergang wird in den Sudetenländern durch die „Vernewerte Landesordnung“ vom Jahre 1627 bezeichnet. Böhmen wurde mit Verlust seiner früheren Selbständigkeit jetzt eine habsburgische Provinz.

Kaiser Ferdinand II. hat die bösen Erfahrungen, welche er in der großen politischen Krise hatte machen müssen, aber auch zu einer bedeutsamen Verselbständigung gegenüber dem Reiche verwertet. Immer mehr hatte der Gegensatz zu den protestantischen Reichsfürsten erkennen lassen, wie sehr die österreichische Hausmachtstellung seine hauptsächlichste Stütze bilde. Indem er für sie nun eine eigene „österreichische Hofkanzlei“ (1620) errichtete, entrückte er die Leitung der inneren Politik dem Einflusse der alten Reichsbehörden, auf welche die Reichsstände noch einzuwirken vermochten. Lockerte Ferdinand II. so das Band, das Österreich mit der immer offensichtlicher zerfallenden Reichsverfassung verknüpfte, so hat er ziemlich gleichzeitig (1621) neuer Schwächung seines Hausbesitzes dadurch vorgebeugt, daß er ihn als unteilbar erklärte. So wurde das staatsrechtliche Band der auseinanderstrebenden Länder jetzt stärker angezogen.

Österreich überwand auch die Deutschland so zerrüttenden Zeiten des schier endlos sich hinziehenden großen Krieges ohne wesentliche Schwächung. Daß er volle dreißig Jahre fortwährte und nicht nach Ver-

zicht auf das unselige Restitutionsedikt schon mit dem Prager Frieden (1635) abschloß, haben doch vor allem fremde Mächte, die sich auf Kosten Mitteleuropas bereicherten, Frankreich und Schweden, bewirkt. Auch englische Unterstützung ward jetzt (1638) den Feinden des Kaisers zuteil. Mit ihm fochten, nachdem der Krieg seinen religiösen Charakter bereits abgestreift hatte, die Kurfürsten von Brandenburg, Sachsen und Bayern, die meisten geistlichen Fürsten und ein Teil der Reichsstädte gegen die Bedrohung Deutschlands aus West und Ost.

Nur den Reichsfeinden kam die Fortsetzung des Krieges zustatten. Er vernichtete ja nicht bloß die wirtschaftliche Blüte Deutschlands, die es im Zeitalter der Fugger einst besessen, er führte zur völligen Zersetzung der deutschen Reichsverfassung hin. Mit der Anerkenung des Rechtes auf eine selbständige Außenpolitik für die einzelnen Reichsstände ist die Verbindung dieser mit dem nichtdeutschen Auslande, wie sie schon während des Krieges tatsächlich praktisch geübt worden war, auch gegen das deutsche Interesse gefördert worden. Ein gefährlicher Vorgang für die Zukunft!

Der Friedensschluß nahm dem Kaiser die Gewalt über das Reich. Aber er war doch zugleich der mächtigste aller Reichsfürsten und Österreich am ehesten imstande, seine eigenen Wege zu gehen. Es hatte sich behauptet; die Rechnung der Feinde auf seinen Zerfall war fehlgeschlagen. Der Habsburger ging

im Gegenteil stärker aus dem Kriege hervor. Gerade Böhmen und dessen Nebenländer, die sich losreißen wollten, waren ihm fester denn je unterworfen. Siegreich erhob der landesfürstliche Absolutismus über die politische Macht der Stände sein Haupt. Er vermochte jetzt mit Erfolg die Führung zur wirtschaftlichen und sozialen Hebung seiner Länder zu übernehmen, ungehemmt von ständischer Gegenströmung. Bauernschutzgesetzgebung und Merkantilismus setzen von da ab ein.

Wohl ging das Elsaß, das alte habsburgische Stammgut, mitsamt der wichtigen Festung Breisach verloren. Aber das „Fenster", das dem Franzosen damit eröffnet wurde, ging nach Deutschland hinaus . . .

* * *

Der Ausgang des großen Krieges erklärt das politische Übergewicht Frankreichs im Zeitalter Ludwigs XIV. (1643—1715). Zugleich auch dessen wirtschaftliche Vorherrschaft. Die Höfe Mitteleuropas wurden die besten Abnehmer seines in unerhörtem Aufschwung begriffenen Exportes (Colbertismus) besonders an Industrieprodukten. Sie stärkten damit ungewollt die Aktivität seiner Handelsbilanz. Vermochten denn die Träger des Handels jener Zeiten, England und Holland, die mit dem Niedergang Spaniens und Portugals immer kräftiger den Weltmarkt beherrschten, die wirtschaftliche Kon-

kurrenz dieses neuen Frankreich auf die Dauer zu ertragen?

Der Niederringung Hollands galt Ludwigs XIV. nächstes Ziel. Die Zeiten der „Raubkriege" folgten (1667—1697). Hollands Freiheit wurde gerettet, da der Kaiser im Verein mit Brandenburg zu dessen Schutz auftrat.

Eine nachdrückliche Durchführung des Krieges gegen Frankreich behinderte freilich die große ungarische Krise. Neuerdings hatten ja Frankreich und auch Schweden dort im Osten gegen Österreich geschürt und Georg Rákóczy, Fürsten von Siebenbürgen, zum Einfall in Ungarn aufgestachelt. Durch kluge Nachgiebigkeit in der religiösen Frage (Linzer Friede 1645) leitete Ferdinand III. die Befriedung Ungarns ein. Ein neuer Türkenkrieg begann mit dem glänzenden Siege Montecuccolis bei St. Gotthard a. d. Raab (1664) überaus verheißungsvoll. Aber der vorzeitige Abschluß eines ungünstigen Friedens (Vasvár) gab Anlaß zu großer Mißstimmung in Ungarn, dessen Befreiung von der Türkenherrschaft damit vereitelt ward. Der Befürchtung Ungarns, das von des Kaisers Truppen hart bedrückt wurde, es sei auf die Beseitigung seiner alten Verfassung abgesehen, stand am Wiener Hofe die Sorge gegenüber, Ungarn wolle nach Vertreibung der Türken von den Habsburgern abfallen und einen eigenen, nationalen König erwählen. Die große Magnatenverschwörung (Zrinyi, Frangipani,

Nádasdy, Wesselény), welche 1666 ausbrach und auch auf Inneröſterreich (Graf Tattenbach) übergriff, ſchien um ſo gefährlicher, als ſie an Frankreich, ſowie die Türken Anſchluß ſuchte und auch mit Polen Beziehungen unterhielt. Durch dieſe Vorgänge wurden die Beſorgniſſe des Wiener Hofes derart verſtärkt, daß nach der Niederwerfung dieſer Verſchwörung und Hinrichtung ihrer Rädelsführer (1671) eine abſolutiſtiſche Reaktionspolitik ſich durchſetzte. Hand in Hand mit der Gegenreformation wollten die Abſolutiſten in der Umgebung Kaiſer Leopolds I. eine Umgeſtaltung der ungariſchen Verfaſſung mit Beſeitigung der Ständemacht durchführen. Aber das rauhe Soldatenregiment des „Statthalters“ verſchärfte nur die nationale und religiöſe Oppoſition. Die Unruhen der „Kurutzen“ dauerten fort und ſchon 1678 gewannen ſie an Graf E. Tököly einen erfolgreichen Führer, der von den Türken und Ludwig XIV. unterſtützt wurde. Bald hatte er ganz Oberungarn in ſeiner Gewalt. Die Türken riefen ihn zum Könige von Ungarn aus. Wien ſelbſt ward nun zum zweiten Male von ihnen belagert (1683). Schon war die Lage der Kaiſerſtadt aufs höchſte gefährdet, als Entſatz aus Deutſchland und Polen nahte. In der Entſcheidungsſchlacht vor ihren Mauern wurden die Türken völlig geſchlagen. Der große Sieg vor Wien entfachte helle Begeiſterung zum Kampfe wider die Ungläubigen in ganz Europa und Öſterreich übernahm von neuem

die Führung in der nun folgenden großen Offensive. Von Wien aus begann der wunderbare Siegeszug der verbündeten deutschen und österreichischen Heere nach Südosten. In ewig denkwürdigen Schlachten (Párkány, Neuhäusel, Ofen und Nagy-Hársany) wurde Ungarn erobert, das Thronrecht des Hauses Habsburg daselbst zur Primogeniturerbfolge verdichtet (Preßburg 1687) und das alte Widerstandsrecht der Stände (Insurrektionsartikel der goldenen Bulle von 1222) beseitigt. Bald wird auch die Erwerbung Siebenbürgens eingeleitet, Belgrad erstürmt, unaufhaltsam dringen des Kaisers Heere nach dem Süden vor. Schon flatterten Österreichs Fahnen siegreich in Albanien. Man dachte in der Hofburg bereits ernstlich daran, Bosnien und die Herzegowina zu annektieren. Doch Venedig, die Beherrscherin der Adria, war, obzwar sie mit dem Kaiser im Bunde stand, gegen eine solche Ausbreitung am Ostufer der Adria ...

Einer der berufensten neueren deutschen Historiker hat über jene Zeit das Urteil gefällt: „Die Größe wahrhaft welthistorischer Aktion liegt in diesen Jahren nicht auf Seite Ludwigs XIV., sondern auf den Bahnen, welche die österreichische Monarchie mit ihren Verbündeten beschritt. Hier wurden Werke begonnen, Verhältnisse gegründet, welche die Jahrhunderte überdauert haben."

Die großen Erfolge im Südosten waren nur möglich auf Grund der Festigung landesfürstlicher

Macht, die seit der Schlacht am Weißen Berge durchgesetzt worden war. Sollte nicht jetzt unter dem Eindruck dieser auch in Ungarn eine Umgestaltung der Verfassung versucht werden? Tatsächlich hat sie das sogenannte „Einrichtungswerk des Königreichs Ungarn" vom Jahre 1688 großzügig angestrebt: Eine Verstärkung der Herrschergewalt auf Kosten der Ständemacht mit zentralistischer Tendenz, Reform der Verwaltung, sowie eine wirtschaftliche Hebung des Bauernstandes durch eine zielbewußte deutsche Kolonisation. Sicherlich wäre das Deutschtum in Ungarn dadurch ähnlich gehoben worden, wie durch die „Vernewerte Landesordnung" in Böhmen.

Dieses bedeutsame Programm konnte nicht durchgeführt werden. Die Verschlechterung der Kriegslage im Jahre 1690 hat den wenig energischen Kaiser im entscheidenden Augenblick veranlaßt, es angesichts der nationalen Opposition in Ungarn ebenso fallen zu lassen wie die Annexion Bosniens. Und darauf beruht doch letzten Endes der grundlegende Unterschied in der neueren Verfassungsentwicklung Ungarns gegenüber Böhmen. Jenseits der Leitha ist es dem Königtum nicht gelungen, die nationale Ständemacht wie in den Sudetenländern niederzubrechen. Es konnte daher dort auch die alte Autonomie der Komitatsverwaltung gegenüber landesfürstlicher Behördenorganisation behauptet werden.

Der Umschlag auf dem Kriegsschauplatze war

erfolgt, als Ludwig von Baden Bulgarien bereits teilweise erobert hatte und General Piccolomini nach der Besetzung Prizrens den Vormarsch auf Saloniki antreten wollte. Französisches Gold ermöglichte eine neue erfolgreiche Offensive der Türken, sowie die Fortsetzung des Krieges. Siebenbürgen aber ward doch endgültig erobert und durch den glänzenden Sieg bei Salankamen (1691) dem Kaiser sicher. Es erhielt eine Sonderstellung mit einer eigenen Hofkanzlei (Diploma Leopoldinum).

Der Rückzug der kaiserlichen Heere vom Balkan hatte eine große serbische Einwanderung auf südungarisches Gebiet (36.000 Familien) zur Folge, wo diese Flüchtlinge vor den Türken nun unter Zusicherung freier Religionsübung (griechischen Bekenntnisses) angesiedelt wurden.

Die Einstellung der Offensive am Balkan und als Folge davon auch der Verzicht auf die Annexion Bosniens, sowie die staatliche Neugestaltung Ungarns war zum Teil auch dadurch bedingt, daß gerade im entscheidenden Augenblicke (1688) im Westen ein neuer französischer Vorstoß gegen Österreich einsetzte. Ein wahrer Weltkrieg im Sinne des politischen Horizontes jener Zeiten entbrannte. Denn gegen Ludwig XIV. verbanden sich mit Kaiser und Reich auch die Seemächte (England und Holland), ferner Spanien, Savoyen und Schweden. Nicht nur am Balkan wurde gekämpft, gleichzeitig war ganz West-

europa doch ein großer Kriegsschauplatz. In Spanien und Italien, am Rhein und in den Niederlanden, in England und in Irland wurde erbittert gestritten, nebenher aber auch auf dem Meere der Seekrieg geführt.

Zur selben Zeit, als Prinz Eugen den Sultan bei Zenta schlug (1697), sah sich Ludwig XIV. zum Frieden von Ryswijk genötigt. Da sich die Seemächte nach der Vernichtung der französischen Flotte (La Hogue) bereits mit Frankreich geeinigt hatten, mußte sich auch der Kaiser mit halbem Erfolge bescheiden. Lothringen, Breisach und Freiburg kamen wie Philippsburg und Kehl zurück, aber Straßburg blieb französisch.

Großes war doch immerhin erreicht worden. Österreich und das Reich hatten diese zwei großen Kriege, die Mitteleuropa von Ost und West her bedrückt hatten, glücklich bestanden. Die finanzielle Erschöpfung Frankreichs verhinderte dessen weiteres Ausgreifen und ebenso war die Offensivkraft der Türken gebrochen, die im Frieden von Karlowitz (1699) Ungarn (bis auf das Temeser Banat) an Österreich abtraten. Die Habsburger gewannen jetzt außerordentlich an politischer Geltung. Österreich zeigte sich den größten Aufgaben gewachsen. Der Kaiser gebot von der Nordsee bis an die untere Donau. Das kontinentale Mitteleuropa hatte sich zum ersten Male infolge des außenpolitischen Lendendruckes zu gemeinsamer Verteidigung zusammengefunden.

Dem Übergreifen der französischen Westmacht über den Rhein war Einhalt geboten worden. Im Osten eröffnete der glückliche Abschluß des Türkenkrieges, sowie der Ausgang des gleichzeitig sich abspielenden nordischen Krieges neue Möglichkeiten politischen Zusammenwirkens. Die Zukunft Mitteleuropas freilich hing von der Entscheidung der spanischen Frage ab, die nun zur Lösung drängte. Gelang es Frankreich, das spanische Erbe für sich zu gewinnen, dann konnte, wie einst in den Tagen Franz' I., Mitteleuropa von Italien aus in Schach gehalten werden. Im Besitze von Spanien und dessen italienischen Pertinenzen beherrschte es das Mittelmeer und zugleich auch Nordafrika. Spaniens reiche Kolonien aber in Amerika hätten das Reich Ludwigs XIV. zur ersten Überseemacht der Welt erhoben.

Dies waren die Fragen der großen Weltpolitik, auf die das neue Jahrhundert die Antwort geben mußte. Man begreift, daß die Staatsmänner in der Umgebung Ludwigs XIV. den Krieg mit Deutschland und Österreich beizulegen suchten, bevor die Krisis in Spanien eintrat. Sie konnten in Ryswijk um so nachgiebiger auftreten, als die definitive Neuordnung Europas doch erst durch die Lösung dieses größeren Problems erfolgten konnte — dem glücklichen Erben dieser Großmacht von einst mußte die Vormachtstellung in Europa zufallen.

Diese Aussichten ließen Frankreich über Recht

und Verträge rasch hinweg kommen. Obwohl die beiden älteren spanischen Prinzessinen, mit welchen Ludwig XIII., sowie dessen Nachfolger Ludwig XIV. verheiratet waren, ausdrücklich Erbverzicht geleistet hatten und somit die Habsburger auf Grund ihrer Verbindung mit deren jüngeren Schwestern zur Nachfolge berufen schienen, kümmerte man sich in Paris darum wenig. Die Seemächte England und Holland traten auf Seite des Kaisers, der Spanien für seinen zweiten Sohn Karl zu erwerben suchte. Diese Stellungnahme erfolgte im Interesse des europäischen Gleichgewichtes. Sicherlich war die Politik Englands, das die Führung hatte, stark durch seine Handelsinteressen, sowie die Absichten auf den reichen Kolonialbesitz Spaniens bestimmt. Der seit den Tagen der jungfräulichen Königin mit soviel Erfolg betriebenen Überseepolitik des Inselreiches war nur dann eine große Zukunft beschieden, wenn die schier erdrückende Konkurrenz Frankreichs gebrochen wurde. Ein viel verheißender Anfang dazu war ja bereits in der Seeschlacht bei La Hogue (1692) gemacht worden.

Österreich trat, als es kaum 2 Jahre nach dem Frieden von Karlowitz seine Armee von neuem ins Feld rücken ließ, gegen das Überwuchern des französischen Imperialismus auf den Plan. Schon war ja Deutschland selbst gefährdet, da Ludwig XIV. mit dem Kürfürsten von Köln nicht nur wieder einen Stütz-

punkt am Rhein, sondern auch dessen Bruder, den Kurfürsten von Bayern, gewonnen hatte, der die Kaiserkrone erhalten sollte. Österreich ward zugleich auch im Rücken bedroht, als Franz Rákóczy die Führung der neuen Empörung in Ungarn übernahm und mit Ludwig XIV. in Unterhandlungen trat (1703). Schon hatte sich die französische Offensivarmee an der oberen Donau mit den Bayern vereinigt. Wenn die Verbündeten jetzt mit den Ungarn auf Wien gemeinsame Sache machten, war der Stoß ins Herz gelungen! Die Bayern wandten sich aber nach Tirol und erlitten dort (an der Pontlatzer Brücke) eine schwere Niederlage.

Die kaiserlichen Waffen errangen Sieg auf Sieg (am Schellenberge bei Donauwörth, Hochstädt 1704, Ramillies 1706, Oudenarde 1708, Malplaquet 1709). Schon hatte sich Karl nach Spanien begeben, um dort seine Königsherrschaft zu begründen. Auch Ungarn, das die Habsburger der Krone verlustig erklärt hatte (1707), wurde nach der Niederlage Rákóczys, der vergeblich bei Rußland sowie der Türkei um Hilfe warb, befriedet (Szátmár 1711).

Da trat das Unerwartete ein: mit dem vorzeitigen Tod Kaiser Josefs I. verschob sich die politische Konfiguration zugunsten Frankreichs. Der Sturz des englischen Ministeriums sowie Marlboroughs, des Hauptes der Kriegspartei, vollendete den Umschwung. Denn nun wurde eben Karl, der sich um Spanien

bewarb, als einzig überlebender männlicher Habsburger Herrscher in Österreich und deutscher Kaiser; den Seemächten, vor allem England, aber schien es nicht wünschenswert, daß ihm auch noch Spanien zufalle. So schlossen sie den Frieden von Utrecht (1713) ab, der England ungeheure Vorteile brachte. Sein Kolonialbesitz in Amerika wurde bedeutend vergrößert (Akadien, Neufundland, Hudsonbai), es gewann auch im westlichen Mittelmeer eine beherrschende Stellung (Gibraltar, Port Mahon) und große Handelsvorteile (Asiento). Frankreich ward auf den zweiten Platz herabgedrückt, Holland wie Portugal liefen ganz im Kielwasser Englands. Mit der Vergrößerung Savoyens, das Sizilien erhielt, war Frankreich im Süden ebenso ein Riegel vorgeschoben, wie im Norden durch den Anfall der Niederlande an Österreich.

Dieses Habsburgerreich gewann zwar einen beträchtlichen Länderzuwachs, da es außerdem noch den spanischen Besitz in Italien (Neapel, Mailand, Sardinien und die Presidios an der toskanischen Küste) erhielt. Aber er bedeutete tatsächlich nur eine geringe Machtsteigerung. Denn die Neuerwerbungen waren exzentrisch gelegen, die Bevölkerung disharmonisch, labil. Vor allem aber wurde Österreich dadurch in neue Schwierigkeiten hineingezogen, wozu der sogenannte Barrieretraktat nicht wenig beitrug, durch den Holland das Besatzungsrecht in einem Gürtel niederländischer Festungen zugesichert wurde.

Ein neuer Krieg mit den Türken, der infolge ihres Angriffes auf das venetianische Morea entfesselt wurde, brachte nach den herrlichen Siegen des Prinzen Eugen bei Peterwardein und Belgrad (1716 und 1717) die größte Machtausdehnung Österreichs, das im Frieden von Passarowitz (1718) den Rest Ungarns und Slawoniens, sowie den nördlichen Teil Bosniens und Serbiens mit Belgrad, überdies noch die kleine Walachei bis zur Aluta erhielt.

Österreich ist damit zur ersten Kontinentalmacht Europas emporgewachsen. Es erstreckte sich, nachdem der Anschlag des neuen spanischen Königs Philipps V. auf die italienischen Besitzungen durch die Quadrupelallianz (1718) abgeschlagen war und der Savoyer Sizilien gegen Sardinien hatte austauschen müssen, von der belgischen Küste bis zur Südspitze Italiens, östlich bis auf den Balkan hin. Da es das deutsche Kaisertum festzuhalten vermochte, war Mitteleuropa unter seinem Zepter vereint. Der stolze Kaisertraum des Mittelalters schien über die Grenzen, die selbst Heinrich III. sich gesteckt hatte, erfüllt. Vor allem aber war Ungarn und Siebenbürgen nunmehr endgültig gesichert, die mit Böhmen fortab eine feste Stütze des habsburgischen Zentralblockes bildeten.

* * *

Würde sich dieses gewaltige Reich, das aus so vielen heterogenen Bestandteilen doch erst durch die Jahrhunderte hin allmählich zusammengesetzt worden war, dauernd behaupten lassen? Oder bestand nicht die nahe Gefahr, daß mit dem Tode Karls VI., den nur Töchter überleben sollten, Ansprüche äußerer Mächte auf verschiedene Teile des Ganzen erhoben werden könnten? Um die Nachfolge seiner Tochter Maria Theresia in das unteilbare Gesamterbe noch bei seinen Lebzeiten sicherzustellen, hat Karl VI. im Jahre 1713 die sogenannte „Pragmatische Sanktion" erlassen. Nachdem er deren Anerkennung durch die Stände seiner Länder durchgesetzt hatte (1722), war sein eifrigstes Bemühen darauf gerichtet, auch die europäischen Mächte dafür zu gewinnen. Dies gelang nach und nach im Verlaufe des nächsten Jahrzehntes. Nur Bayern, Sachsen und Kurpfalz hatten Einsprache erhoben.

Um Sachsen zu gewinnen, unterstützte der Wiener Hof die Bewerbung Augusts III. um den polnischen Thron gegen Stanislaus Leszczynski, der von den Polen erwählt worden war und bei seinem Schwiegersohn, König Ludwig XV. von Frankreich, Rückhalt fand. Spanien und Sardinien benützten diesen neuen Konflikt zwischen Österreich und Frankreich, um in dem sogenannten polnischen Erbfolgekriege den habsburgischen Besitz in Italien an sich zu bringen. Auch Lothringen ging an Stanislaus

Leszczynski verloren, nach dessen Tode es an Frankreich fallen sollte. Dagegen wurde Franz Stefan von Lothringen, seit 1736 Gemahl Maria Theresias, mit dem erblos gewordenen Toskana entschädigt. Da die gleichfalls erledigten Herzogtümer Parma und Piacenza dem Kaiser zur Entschädigung gegeben wurden, konnte der Verlust der abgeschnürten süditalischen Gebiete durch den Gewinn in Ober- und Mittelitalien, wo eine habsburgische Sekundogenitur zustande kam, doch einigermaßen kompensiert erscheinen.

Ein neuer Türkenkrieg, der unglücklich verlief, brachte Österreich in einem übereilt abgeschlossenen schmählichen Frieden (1739) um die Errungenschaften, die es in Passarowitz davongetragen hatte. Nur das Temeser Banat blieb davon übrig, so daß fortan Save und Donau die Südgrenze bildeten.

Ein Jahr darauf starb Karl VI. (1740). Mit ihm erlosch der Mannesstamm des alten Habsburgergeschlechtes. Nun zeigte sich, wie wenig Verträge in Europa nützten, wie sehr der Rat Prinz Eugens, statt in Verhandlungen sich einzulassen, doch lieber die Kassen zu füllen und ein schlagfertiges Heer bereitzustellen, richtige Voraussicht bekundet hatte. Denn trotz der Anerkennung der Pragmatischen Sanktion wurden jetzt von allen Seiten Ansprüche auf das Erbe Karls VI. erhoben. Nicht nur von Sachsen-Polen und Bayern, das sich auf ein Testament Ferdinands I. berief, nach welchem ihm

beim Erlöschen des habsburgischen Mannesstammes Erbrechte angeblich zugesichert waren. Auch Frankreich, Spanien und Sardinien traten als Anwärter auf und erklärten, an die Pragmatische Sanktion nicht gebunden zu sein. Als erfolgreichster Gegner aber erwies sich König Friedrich II. von Preußen, der Ansprüche auf die schlesischen Herzogtümer Jägerndorf, Liegnitz, Brieg und Wohlau erhob. In raschem militärischen Vorstoß drang er in Schlesien ein und sicherte sich dessen Besitz durch glückliche Waffenerfolge (1741).

Am französischen Hofe war der Plan zur Aufteilung Österreichs bereits fertig. Maria Theresia sollte nur mehr Ungarn bleiben und durch die „Gnade Frankreichs" noch das Erzherzogtum Österreich selbst zuteil werden. Wieder schien der Bestand des Habsburgerreiches durch die schier erdrückende Übermacht der von allen Seiten andrängenden Gegner ernstlich gefährdet. Denn auch die Seemächte England und Holland, welche angesichts der Bedrohung ihrer kontinentalen Eigeninteressen sich auf Seite Österreichs schlugen, leisteten zunächst wenig Hilfe.

Sollte Österreich diesmal wirklich in Fetzen gerissen werden? Schon war Schlesien verloren. Bald folgte Oberösterreich, dann auch Böhmen selbst nach. Karl Albert von Bayern ließ sich in Linz huldigen. Befolgte man Preußens Rat, auf Wien zu marschieren, dann war das Ganze verloren, da auch Ungarn aufgewiegelt werden sollte . . .

Wieder wie im sechzehnten Jahrhundert dienten deutsche Fürsten Frankreichs klug berechneter Politik. Sie sollten Österreich, den gefährlichen Nebenbuhler, schwächen helfen, ohne selbst doch zu eigener Bedeutung zu gelangen. Daß sich Karl Albert dem französischen Wunsche nach Eroberung Böhmens fügte, hat ihn die Partie verlieren lassen! Wohl wurde er zum Kaiser gewählt und als Karl VII. gekrönt (1742). Wohl drängte sich in Prag der allezeit von Wien aus verhätschelte böhmische Hochadel um ihn, seine Gunst zu gewinnen.

Aber Maria Theresia hatte damit Luft bekommen und vermochte ihre Kräfte zu sammeln. Ein Ausgleich mit Preußen machte die schlesische Armee frei, sie setzte auch in Ungarn trotz der Opposition Truppenbewilligungen durch, da sie sich zur Anerkennung der Sonderverfassung den Ständen gegenüber verstand. Wohl gingen die Rüstungen dort sehr langsam vorwärts. Aber die Bayern wurden jetzt schon aus Österreich verdrängt und am selben Tage, als Karl VII. gekrönt wurde, zogen die Österreicher siegreich in München ein. Schlesien freilich blieb den neuen Waffenerfolgen Preußens. Die Franzosen jedoch wurden aus Böhmen hinausgeworfen und von den Engländern dann über den Rhein zurückgedrängt.

Als Karl VII. starb (1745), schloß Bayern Frieden und Franz, der Gemahl Maria Theresias, wurde

deutscher Kaiser. Nach der Vernichtung der Flotten Frankreichs durch England kam 1748 der österreichische Erbfolgekrieg zum Abschluß, obwohl Rußland, das zwei Jahre zuvor eine Defensivallianz mit Österreich geschlossen hatte, gerade ein Heer an den Rhein entsendete.

Das Ergebnis des langen Krieges von 8 Jahren war für Österreich verhältnismäßig günstig. Trotzdem es von allen Seiten mit gewaltiger Übermacht angegriffen worden war und seine zahlreichen Feinde nicht nur auf den Abfall der Länder, vor allem Ungarns gerechnet, sondern sich wiederholt bereits auch über die Aufteilung dieser verständigt hatten, vermochte es doch deren Gesamtbestand bis auf Schlesien gegen eine Welt von mächtigen Feinden zu behaupten. Sie hatten es nicht zu überrennen vermocht! Daß Österreich von neuem wieder in dieser gewaltigen Krise zähe Dauerkraft bewährte, bedeutete nach außen wie nach innen hohen politischen Kredit für die Zukunft. Die meisten seiner Feinde, mit Ausnahme Preußens, waren wirtschaftlich schwer geschädigt, ohne Ländergewinn davonzutragen. Vor allem gerade Frankreich. Zugleich hatte Österreich an Rußland jetzt eine Rückendeckung gewonnen, welche in Maria Theresia die Hoffnung aufkeimen ließ, dereinst vielleicht auch Schlesien zurückzugewinnen. Neuerdings war freilich die politische Selbstsucht Englands offenbar geworden, das ohne Rück-

sicht auf die Aussichten seiner Bündner in dem Momente zum Frieden drängte, da seine Interessen gesichert waren.

Was aber für Österreichs Zukunft die Hauptsache war: gerade der Verlust des „Kronjuwels", Schlesiens, der Maria Theresia so schmerzlich traf, gab nun den Anstoß zu großzügigen Reformen in den böhmisch-österreichischen Ländern. Die folgenden Friedensjahre wurden zu ernster Reorganisation der inneren Kräfte Österreichs genützt, um weitere Verluste hintanzuhalten. Und eben Preußen, dessen außerordentliche militärischen Erfolge den größten Eindruck hervorgerufen hatten, ward dabei zum Muster genommen. Es wies den Weg zur Erkenntnis der Staatsnotwendigkeiten, die durchgesetzt werden mußten, sollte Österreich eine kräftige Aufwärtsentwicklung gesichert werden.

* * *

Eine Neuaufstellung der militärischen Erfordernisse bildete den Ausgangspunkt. An sie schloß sich unmittelbar die Finanzreform (Steuerrektifikationen), welche die Mittel für jene zu schaffen hatte. Beide aber konnten nur dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn die alten Hemmungen durch die Ständerechte beseitigt wurden. Die Stände mußten sich zur Bewilligung der landesfürstlichen Anforderungen auf längere Zeit im voraus (10 Jahre) ver-

stehen und auch in die Beschränkung ihrer Privilegien (Steuerfreiheit) finden. Die kräftig erstarkende landesherrliche Gewalt machte nunmehr auch die unteren Instanzen der Gerichtsbarkeit und Verwaltung, welche in die Hände der grundherrlichen Feudalgewalten übergegangen waren, wieder von sich abhängig. Damit war zugleich auch den bäuerlichen Hintersassen auf den Grundherrschaften ein fester Rückhalt gegen die Bedrückung mit übermäßigen Abgaben und Frondiensten gewährt. Der aufgeklärte Absolutismus dieser Zeit leitete durch eine wirksame Bauernschutzgesetzgebung eine Hebung der unteren Bevölkerungsklassen in wirtschaftlicher Beziehung ein, die den fiskalischen Absichten auf Steigerung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zugleich diente. Er zog auch den Unterricht in den Kreis staatlicher Ordnung und entwand ihn dem starken Einfluß der Kirche, die ihn zuvor beherrscht hatte (Jesuiten, Piaristen). Maria Theresia hat sich durch die Begründung des obligatorischen Schulbesuches und der österreichischen Volksschule allein unsterblichen Nachruhm gesichert.

Die große Staatsreform erschöpfte sich aber keineswegs in dieser Durchdringung der Staatsgewalt, die das Privilegienrecht des Mittelalters überwand und die Sonderverwaltungen autonomer Körperschaften aufsaugte. Sie bewirkte auch eine Ausgleichung der Verschiedenheiten der einzelnen Länder und führte

eine nähere Verbindung derselben durch gleichmäßige Unterordnung unter einheitliche Zentralverwaltungsstellen herbei. Die alten Wahrzeichen staatsrechtlicher Selbständigkeit und Besonderung, die Hofkanzleien, wurden beseitigt und ein Direktorium für die innere (politische) und Finanzverwaltung eingerichtet (1749). Auch die Trennung der Justiz von der Verwaltung kam zur Durchführung (Oberste Justizstelle). Für die Besorgung der äußeren Angelegenheiten, sowie jene des kaiserlichen Hauses trat eine eigene „Staatskanzlei" ins Leben. Die zentralistische Durchordnung der Länder fand ihre Ergänzung an einer großzügigen Kodifikation des Rechtes, das auf Grund der provinziellen Sonderentwicklungen jetzt einheitlich für alle gestaltet werden sollte.

Diese zahlreichen und tiefeingreifenden Reformen haben das alte Länderkonglomerat mannigfacher landständischer Verschiedenheiten auf einheitliche Grundlagen gestellt und eine Geschlossenheit auch zu gleichen Verpflichtungen an den Staat herbeigeführt, die ihm nach außen eine ungleich größere Kraftentwicklung ermöglichte. Daß hiebei die modernen Ideen der Aufklärung entscheidenden Einfluß gewannen, brachte nicht nur die Befreiung von den alten Fesseln der geistigen Kultur (Zensur), sondern schuf auch freie Bahn für deren Ausstrahlung in breite Schichten der Bevölkerung. Die alte Schärfe der Klassengegensätze wurde abgeschwächt und eine soziale Aufwärts-

bewegung möglich, die aus neuen Quellen der wirtschaftlichen Entwicklung gespeist wurde. Der Merkantilismus, der in Österreich das achtzehnte Jahrhundert noch wesentlich beherrschte, hat die Gewerbeförderung und Handelspolitik in den Vordergrund gerückt. Ihm verdankt die Industrie ihre Entstehung. Mit der Niederbrechung der alten Zunftordnungen und der Begründung zahlreicher Fabriken trat eine neue Bevölkerungsschichte als Träger wirtschaftlicher Produktion neben den Bürger und Bauer: der Arbeiter! Und diese Neuentwicklung durchbrach gleichfalls die alten Schranken landschaftlicher Besonderung, die zahlreichen Zollinien zwischen den einzelnen Ländern fielen. Der Handel tendiert ins Weite, er überbrückt die enge Eingeschlossenheit verkehrsarmer Gebiete und wirkt völkerverbindend.

Im ganzen aber ward durch die wirtschaftliche Hebung auch die alte Schuldenlast des Ständestaates gemindert und damit zugleich die äußere Kreditfähigkeit gesteigert.

Österreich trat in eine neue Phase seiner inneren Entwicklung ein. Sie bedeutete eine Erstarkung der Staatsgewalt, deren Träger die reicher entwickelten militärischen und finanziellen Machtmittel unmittelbar zur Verfügung gestellt waren. Noch gab es freilich keinen Einheitsstaat. Ungarns Verfassung blieb von dem großen Reformwerk unberührt, auch die Zwischenzollinie zwischen Zis- und Transleithanien blieb auf-

recht. Der großen Kaiserin konservatives Verständnis respektierte die historische Grenze ihres ungleich gearteten Machtbereiches ...

Die lange Erstreckung ihrer Regierungszeit ließ sie auch noch eine Erweiterung des Staatsgebietes erleben, durch welche der Verlust Schlesiens kompensiert erscheinen mochte. Die erste Teilung Polens (1772), zu der sie sich freilich nur nach langem Sträuben verstand, brachte ihr den Südwesten dieses Reiches, Galizien und Lodomerien mit Ausnahme Krakaus zu, sowie eine alte Pfandschaft in Oberungarn, die Zips.

Unterdessen hatte sich ja ein großer Wandel in der politischen Konfiguration des europäischen Großstaatensystems vollzogen. Alte Großmächte, die im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert im Vordergrunde gestanden hatten, sanken zu Mächten zweiten Ranges herab: Erst Spanien, dann Schweden, schließlich auch die Türkei. Dagegen erhoben sich andere zu stets steigender Großbedeutung: vor allem Rußland und Preußen. Der starke Gegensatz zu letzterem, den der Verlust Schlesiens hervorgerufen hatte, wirkte auch in der Folgezeit nach, da Preußen jeder weiteren Machtausbreitung Österreichs mit großem diplomatischen Geschick entgegentrat und sich ihm gegenüber zum Führer der protestantischen Fürsten aufschwang. So 1777, als beim Erlöschen des kurbayrischen Hauses Österreich nahe daran war, Niederbayern und einen Teil der Oberpfalz zu gewinnen. Es mußte

sich mit dem Innviertel begnügen (Teschen 1779). So 1785 wiederum, da Kaiser Josef II. Bayern gegen die Niederlande („Königreich Burgund") eintauschen wollte. So schließlich auch im letzten Türkenkrieg, den Österreich als Verbündeter Rußlands führte (1788—1791). Preußen verhinderte nicht nur in Deutschland jede Neuerwerbung der Habsburger, sondern auch im Süden, indem es für die Türken eintrat.

Immer entscheidender griff jetzt Rußland in die Geschicke Europas ein, nachdem es im großen nordischen Krieg (1700—1721) Schweden von der beherrschenden Stellung im Nordosten verdrängt hatte. Mit der Aufteilung Polens ward der letzte Riegel vor dem Westen gesprengt und die Bahn nach dem Süden zugleich frei. Rußland begann seit der Regierung Katharinas II. (1762) immer nachdrücklicher auf die Vertreibung der Türken aus Europa hinzuarbeiten, um Konstantinopel zu gewinnen und dort ein neues griechisches Kaisertum aufzurichten (Testament Peters d. Gr.). Schon vor der ersten Teilung Polens hatte es einen Teil der Moldau erobert, die Tartaren der Krim von sich abhängig gemacht und nach der Vernichtung der türkischen Flotte bei Chios die Durchfahrt durch die Dardanellen erzwungen. Österreich, das den Frieden (Kutschuk-Kainardsche 1774) vermittelt hatte, besetzte jetzt das einst zu Polen gehörige Buchenland (Bukowina), um die Verbindung Galiziens mit Siebenbürgen herzustellen (1775).

Mit dieser Ausbreitung nach dem Osten ward die österreichische Außenpolitik vor neue Probleme gestellt. Es lag tief im Wesen der letzten Entwicklung begründet, daß sie zunächst im Einvernehmen mit Rußland vorging. Es hatte ja am Siebenjährigen Kriege gegen Preußen teilgenommen und wenn es schließlich sich auch davon zurückgezogen, so war doch gerade dessen neues Ziel mit den alten Traditionen der österreichischen Südostpolitik in voller Übereinstimmung, die Türkei zudem auch als Parteigänger Preußens Österreichs unentwegter Feind. Daher fand die Zarin Katharina II., als sie 1782 bei Kaiser Josef II. eine Aufteilung der europäischen Türkei mit Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären anregte, geneigtes Entgegenkommen. Josef wünschte den westlichen Balkan (Bosnien und Serbien bis zum Golf von Drina, sowie einen Teil der Walachei), Katharina aber sollte den Osten mit Konstantinopel als Sekundogenitur für ihren Enkel Konstantin erhalten, während man aus der Moldau, Walachei und Bessarabien ein unabhängiges Reich „Dazien" unter einem christlichen Herrscher zu bilden gedachte. Die Donau sollte ihrem ganzen Laufe nach dem Handel Österreichs offen stehen, Venedig Morea, Kreta und Cypern, sowie mehrere andere Inseln erhalten, dafür aber Istrien und Dalmatien an Österreich abtreten.

Die Durchführung dieses Projektes schien in

die Nähe gerückt, als 1787 die Türkei an Rußland den Krieg erklärte und Österreich als dessen Bundesgenosse daran teilnahm. Jedoch ließ sich der Krieg zunächst ungünstig für die Verbündeten an, da Rußland militärisch versagte. Erst als Laudon den Oberbefehl erhielt (1789), gelang den Österreichern die Eroberung Belgrads und nach den Siegen der Verbündeten bei Focsani und Martinesti auch jene Bukarests. Aber jetzt trat Preußen dazwischen, indem es rüstete, sich mit der Pforte verband und auch mit Polen Verträge abschloß. Da Rußland von Schweden angegriffen und auch der andere Verbündete Österreichs, Frankreich, durch die Revolution gelähmt war, zugleich aber im Innern Österreichs Unruhen ausbrachen, sah sich Leopold II. nach dem Tode Josefs II. (1790) zum Frieden von Szistowa (1791) genötigt, der nur eine kleine Grenzberichtigung brachte (Altorsova und Czettin). So war die Türkei durch Preußen vor Rußlands Vernichtungsplänen gerettet worden. Übrigens hatte Josef II. nicht daran geglaubt, daß dieselben verwirklicht werden könnten. Die Vernichtung der Türkei bezeichnete er als ein beliebtes Schlagwort; „aber sie wird noch, sagte er, eine lange Existenz in Europa haben".

Die innerösterreichischen Unruhen, welche in den Niederlanden bereits zur offenen Revolution, in Ungarn zu Verhandlungen der Unzufriedenen mit

Preußen geführt und den Plan gezeitigt hatten, Josef II. abzusetzen und Karl August von Weimar zum König zu erheben, waren durch die zentralistischen Reformen des Kaisers hervorgerufen. Er wollte unter Einschluß Ungarns einen straff zusammengefaßten Einheitsstaat mit deutscher Staatssprache schaffen und ohne Rücksicht auf die historische Individualität der Länder, sie lediglich nach praktischen Verwaltungsgrundsätzen frei organisieren (Länderordnung 1782). Er ließ sich in Ungarn nicht krönen, um dessen Sonderverfassung nicht bestätigen zu müssen und machte das kaiserliche Kabinett zum entscheidenden Mittelpunkt der gesamten Staatsregierung. Die Omnipotenz der Staatsgewalt überwand alle Selbstverwaltungen und machte auch Kirche und Schule ihren Zwecken ausschließlich dienstbar.

Manch' hochherzige Reform des ideal gesinnten Herrschers ist Österreich zu dauerndem Gewinn geworden. So das Toleranzpatent (1781), das den Lutherischen, Reformierten und nichtunierten Griechen freie Religionsübung sicherte; so die Aufhebung der Leibeigenschaft, mit der zugleich den bäuerlichen Hintersassen auch freie Eheschließung und Berufswahl der Kinder gewährt ward. So auch die Bildung des „Religionsfonds" aus dem Vermögen der aufgehobenen Klöster zur Ausstattung der Seelsorge, endlich das „Armeninstitut".

Auch die Bauernschutzgesetzgebung gewann mit der „Steuer- und Urbarialregulierung", die ein Höchstmaß der Leistungen an Staat und Grundherrschaften (30 Prozent vom Bruttoertrage) festsetzte, durchgreifende sozialpolitische Bedeutung. Aber um so gewaltiger war auch die Opposition bei den Ständen und Grundherrschaften, dem Partikularismus der Länder.

Das Ungestüm Josefs, der alle diese großen Umgestaltungen in kurzer Frist mit oft rauher Durchführung verwirklicht sehen wollte, hat vielfach gerade das Gegenteil von dem, was seine hochgemute Absicht war, hervorgerufen. So ward durch die Sprachenverordnungen nicht nur in Ungarn, sondern auch in Böhmen, wo der Adel die tschechische Sprache vielfach bereits verlernt hatte, eine starke nationale Gegenbewegung entfacht. So war auch sein berühmter „Hirtenbrief" über die Dienstführung der Staatsbeamten der Anlaß zu einem Denunzianten- und Polizeispitzelunwesen übelster Sorte. Die Allgewalt des Staates erdrückte nicht selten die freie Beweglichkeit und originelle Entfaltung gerade der bedeutenden Einzelpersönlichkeit.

Allgemein gärte es in Österreich ob der Neuerungen. Josef selbst sah sich genötigt, kurz vor seinem Tode viele seiner bedeutsamsten Reformen zurückzunehmen. Sein Bruder Leopold, der 1790 die Herrschaft übernahm, trat in schwierige Verhältnisse ein.

Mitten im Türkenkriege, angesichts drohender Rüstungen Preußens und der französischen Revolution. Schon konnte er in den Niederlanden und in Ungarn ihr Echo hören. Aber auch die Stände der Erbländer, besonders in Böhmen, meinten jetzt den Augenblick für eine politische Reaktion gekommen. Die historische Vergangenheit bäumte sich gegen den Einheitsstaat des Absolutismus auf und stellte das große innerpolitische Problem scharf heraus, an dem Österreich seither immer wieder gerungen hat: Sollte die alte Autonomie der Länder zu einem Föderalismus mit Berücksichtigung der nationalen Verschiedenheiten führen, oder würde darüber hinweg ein Einheitsstaat auf deutscher Grundlage mit starker Zentralgewalt sich aufbauen lassen?

Noch hatte der Begriff „Nation" keine selbständige politische Bedeutung neben der staatsrechtlichen der Länder. Aber das allgemeine Staatsbürgertum des absoluten Staates hatte in Österreich durch die historische Sonderentwicklung der Länder doch eine gewisse Differenzierung erfahren, zumal deren Bevölkerung verschiedener Sprachen sich bediente.

Kaiser Leopold II. hat mit klugem Nachgeben die Umsturzbewegung zum Stehen gebracht. Er ging auf die Verfassung der Zeiten Maria Theresias zurück. Ungarns Sonderstellung wurde von neuem anerkannt, die Stände auch sonst wieder berufen. Wohl erhielten sie ihre alte Machtstellung nicht

mehr zurück. Die Staatsgewalt war ohne Zweifel fester geworden. Aber daß Leopold doch zurückwich, die deutsche Amtssprache in Ungarn, Galizien und den italienischen Gebieten wieder beseitigt wurde, verstärkte den alten Gegensatz der ständischen Länderautonomie zum absolutistischen Zentralismus nun auch mit sprachlicher Abscheidung.

* * *

Leopold II. starb schon nach zweijähriger Regierung (1792). Mit Franz II. kam ein Autokrat schärfster Observanz auf den Thron. Die französische Revolution hat tiefen Eindruck auf ihn gemacht. Zeit seines Lebens war er allen Volksbewegungen Feind und schloß Österreich nach außen immer mehr ab. Die innere Politik behielt zunächst ihre zentralistische Richtung.

Österreich wurde gleich anfangs wieder in einen langwierigen Krieg mit der französischen Revolution gestürzt, die eine Eroberungspolitik unternahm und die Völker zu revolutionärer Selbstbefreiung aufreizte. Die Niederlande gingen verloren. Dagegen brachte die Beteiligung an der letzten (dritten) Teilung Polens (1795) im Osten neuen Gebietszuwachs, das Land zwischen Pilica und Bug (Westgalizien). Da Österreich nach dem Ausscheiden Preußens aus der Koalition mit dem Süden des Reiches allein

gegen Frankreich weiterfocht, büßte es auch die Lombardei ein, erhielt aber im Frieden (Campoformio 1797) Istrien und Dalmatien, sowie einen Teil des venetianischen Festlandes aus dem Nachlaß der aufgelösten Markus-Republik.

Der weitere Verlauf der neuen Koalitionskriege führte zur Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich und zur Neugestaltung Deutschlands im sogenannten Reichsdeputationshauptschluß (1803). Er bedeutete eine starke Kräfteverschiebung, da Preußen durch die Säkularisationen der geistlichen Reichsstände einen großen Machtzuwachs erlangte, während Österreich nahezu leer ausging, ja noch seine alte Stütze im Reiche, die geistlichen Fürsten, verlor. Da das alte Deutsche Reich sich immer mehr auflöste, nahm Franz II., als die süddeutschen Staaten sich an Frankreich anschlossen und Napoleon 1804 in Frankreich ein Erbkaisertum begründete, seinerseits zur Wahrung der Parität nun den Titel eines erblichen Kaisers von Österreich an. An der bestehenden Verfassung seiner Königreiche und Länder sollte dadurch nichts geändert werden.

Die Dreikaiserschlacht bei Austerlitz (1805) besiegelte den Zusammenbruch des Deutschen Reiches. Napoleons Sieg hatte die Verstümmelung Österreichs zur Folge, das an die süddeutschen Fürsten, welche Napoleon zu neuen Würden erhöht hatte, Tirol und die Vorlande abtreten mußte. Da Preußen nun auch

ein Bündnis mit Frankreich schloß, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten aber sich im „Rheinbund“ Napoleons Protektorat unterstellten, legte Kaiser Franz die inhaltslos gewordene deutsche Kaiserkrone 1806 nieder.

Frankreich gebot weithin über Deutschlands zerbrochene Kraft! Es hatte erreicht, was seit langem das Ziel seiner mitteleuropäischen Politik gewesen war. Das Mißtrauen zwischen den beiden bedeutendsten Mächten Deutschlands, Österreich und Preußen, ließ in dem Momente kein Zusammengehen möglich werden, da nur die einheitliche Sammlung aller Kräfte dem Imperialismus Napoleons hätte widerstehen können. Nach dieser Schwächung Österreichs wurde bald auch Preußen niedergetreten (1806 bis 1807).

Der Befreiungskampf aber wider den fremden Zwingherrn ging von Österreich aus. Tirol eröffnete ihn, indem es 1809 Franzosen und Bayern aus dem Lande hinauswarf. Eine großartige patriotische Begeisterung erhob sich im Volke und riß die Fürsten fort. Erzherzog Karl stellte sich an die Spitze des neugeschaffenen Volksheeres, der „Landwehr“, zu dem von allen Seiten Freiwillige zusammenströmten. Mit einem ewig denkwürdigen Armeebefehl (6. April 1809) spornte er seine Soldaten an: „Die Freiheit Europas hat sich unter unsere Fahnen geflüchtet, eure Siege werden ihre Fesseln lösen und

eure deutschen Brüder, jetzt noch in feindlichen Reihen, harren auf ihre Erlösung." Ein Aufruf an die deutsche Nation verkündete das hehre Ziel dieses Kampfes: „Wir kämpfen, um die Selbständigkeit der österreichischen Monarchie zu behaupten, um Deutschland die Unabhängigkeit und Nationalehre wieder zu verschaffen, die ihm gebühren. Unser Widerstand ist seine letzte Stütze zur Rettung, unsere Sache ist die Sache Deutschlands."

Österreich hat damals, in den Zeiten tiefster Erniedrigung des Reiches, obwohl es aus diesem ausgeschieden war, allein wahrhaft großdeutsch gehandelt und sich furchtlos dem kriegsgewaltigen Eroberer entgegengestellt. Erzherzog Karl entriß bei Aspern dem bis dahin unbesiegten Imperator des Sieges Lorbeer. Aber Österreich blieb allein. Bei Wagram wurde es trotz ruhmvoller Heldentaten von der französischen Übermacht erdrückt. Auch Tirol ward schließlich überwältigt. Der Heldenkampf der Österreicher scheiterte, da Deutschland ihm seine Hilfe neuerdings versagte. Es hob Napoleon zur Weltherrschaft empor. Österreich wurde im Schönbrunner Frieden (1809) in Fetzen gerissen. Auf zwei Drittel seines Länderbestandes herabgedrückt und zu schwerer Kriegsentschädigung verurteilt, brach es auch finanziell zusammen (Staatsbankrott 1811). Nun ward auch Osteuropa eine Beute des Siegers ...

Aber die großen Opfer Österreichs von 1809

waren nicht umsonst gebracht. Es war die Morgenröte, die den Sonnentag der endgültigen Befreiung Europas vorauskündete. Und diese ward durch den Zusammenschluß Österreichs und Preußens mit Rußland in ruhmvollen Schlachtensiegen 1813 erreicht, deren Höhepunkt die große Völkerschlacht bei Leipzig bildete, wo der österreichische Marschall, Fürst Schwarzenberg, den Oberbefehl führte. Die Neuordnung Europas aber nach der Zertrümmerung des napoleonischen Weltreiches erfolgte auf dem großen Kongreß der Monarchen und Diplomaten zu Wien 1814 bis 1815.

Österreich gewann den verlorenen Länderbesitz wieder zurück. Aber es war doch ein anderer Staat, der aus diesem gewaltigen Kriegszeiten jetzt hervorging. An Gebietsumfang stand er dem alten Österreich, wie es Maria Theresia 1740 überkommen hatte, nicht nach. Statt Schlesiens war ein großes Stück von Polen hinzugewachsen. Für die abgelegenen, immer unsicheren Niederlande bot das lombardo-venezianische Königreich, sowie das Küstenland an der Adria vollen Ersatz. Salzburg und das Innviertel schlossen es jetzt nach Westen hin ab. So war der Schwerpunkt Österreichs verschoben, er lag nicht mehr im Westen. Es hatte neue, nichtdeutsche Bevölkerungen in sich aufgenommen. Konnten die Polen und Italiener das „Kronjuwel" Maria Theresias, Schlesien, und das alte habsburgische Stammgut in

den Vorlanden ersetzen? Mußte nicht diese Verstärkung der Nichtdeutschen doppelt bedeutsam werden in dem Momente, da Österreich aus dem alten Reiche ausgeschieden war, im „Deutschen Bund“ aber nur mehr mit einem Fuße stand? Ein großer Teil der Monarchie war der unmittelbaren Interessensphäre Deutschlands entrückt, und reichsfremd geworden . . .

Die innere Politik der folgenden Friedenszeiten verstärkte noch diese Entfremdung. Denn die „Heilige Allianz“, zu der Österreich, Preußen und Rußland sich zusammenschlossen (1816), ertötete bald alle die frohen Zukunftshoffnungen auf freie Betätigung des Volkes im Staate und Anteilnahme an dessen Regierung, welche die nationale Begeisterung in den Tagen der Befreiungskämpfe erweckt hatte. Österreich, das unter dem Staatskanzler Metternich die politische Führung gewann, betätigte einen starren Konservativismus, jeder Neuerung abhold. Die durch die Bundesakte verheißene Verfassung ward weder hier noch in Preußen gewährt. Man blieb bei den alten ständischen Vertretungen stehen. Ein System polizeilicher Überwachung machte sich gerade in Österreich drückend fühlbar. Die national-freiheitliche Bewegung der akademischen Jugend (Wartburgfest 1817) erregte das Mißtrauen der staatsgewaltigen Konservativen und führte zu einer Reihe von Kongressen (Aachen 1818, Karlsbad 1819, Wiener Schlußakte 1820,

Troppau, Laibach 1821, Verona 1822), auf welchen scharfe Beschlüsse zur Knebelung der Presse (Zensur), Überwachung der Universitäten und Untersuchung demagogischen Treibens gefaßt wurden.

Österreich trat als Hüter der alten Ordnung auf und unterdrückte in Italien die revolutionäre Bewegung (Neapel 1821) mit Waffengewalt. Zugleich war es durch die orientalische Frage vor neue Aufgaben gestellt. Der Aufstand der Griechen gegen die Türkenherrschaft entzündete weithin auch in Westeuropa helle Begeisterung (Philhellenen). Rußland nahm jetzt unter Nikolaus I. seine alte Orientpolitik mit großem Geschick wieder auf, indem es das Protektorat über die christlichen Balkanvölker beanspruchte und mit England sowie Frankreich ein Bündnis abschloß (1827). Im Kriege mit der Türkei vernichtete es nicht bloß deren Flotte (Navarino), sondern drang auch über den Balkan vor und eroberte Armenien. Die Türkei sollte ganz aus Europa verdrängt werden. Da wurde sie durch Österreich und Preußen gerettet. Metternich, der ob seiner Zurückhaltung in der griechischen Frage oft getadelt worden ist, erkannte richtig, daß Rußland die Begeisterung für die Hellenen benützte, um daraus für seine Balkaninteressen Kapital zu schlagen. Aber es erreichte sein Ziel auch diesmal nicht, obwohl es schon vor Adrianopel stand. Im Frieden, den Preußen dort der Türkei vermittelte, mußte sie zwar Griechenlands

Schicksal den Westmächten überlassen (Londoner Protokoll 1830), aber die Entente Rußlands mit diesen ging bald darauf in Brüche. Zu bitter waren die Erfahrungen, welche der Zar hatte machen müssen. In Griechenland dominierte die englische Flotte und das englische Geld; der russische Selbstherrscher war auch von den Vorgängen wenig erbaut, die infolge der Julirevolution sich darauf in Belgien und Polen abspielten. Wohl gelang es, letzteres zu einer Provinz Rußlands herabzudrücken. Aber dieses trat nunmehr bei der Kaiserbegegnung zu Münchengrätz (1833) den von Österreich aufgestellten Grundsätzen bei, daß es im Interesse Europas liege, die Türkei zu erhalten und eine Reihe von unabhängigen Kleinstaaten aus den Balkanländern gebildet werden sollten. So hatte die konservative Richtung Metternichs eine Hemmung der russischen Ausdehnungspolitik bewirkt und ein Programm formuliert, zu dem sich gerade die Westmächte dann immer nachdrücklicher bekannten.

* * *

Gegenüber der liberalen Bewegung in Deutschland, die durch die Julirevolution besonders am Rhein und in Süddeutschland neuen Antrieb gewann, suchte Metternich den deutschen Bundestag „zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe“ auszunützen. Je mehr aber

die demokratisch-liberale Richtung auf den Landtagen der einzelnen Staaten Erfolge errang, desto mehr erschien Österreich der öffentlichen Meinung Deutschlands als Hauptfeind. Indem es Preußen gelang, zunächst über die alten Zollschranken hinweg die wirtschaftliche Einigung der deutschen Mittelstaaten im deutschen Zollverein (1833) durchzusetzen, gewann es immer mehr auch die politische Führung, während Österreich, das davon ausgeschlossen war, an Einfluß viel verlor.

In Österreich selbst aber wurden nun die nichtdeutschen Völker, die ja an Zahl überwogen, von der freiheitlich-demokratischen Bewegung erfaßt und zugleich durch die deutsche Romantik mit ihrem lebendigen Sinn für die historische Vergangenheit mächtig beeinflußt. Man kann dies besonders bei den Tschechen verfolgen. Wie sie es den Deutschen gleich haben wollten und gelehrte Beschäftigung mit dem deutschen Altertum zur Anfertigung der „Königinhofer Handschrift" führte (1817), die künstlich ersetzen sollte, was der tschechischen Nationalliteratur an Zeugen ähnlicher Entwicklung in der Vergangenheit abging. 1818 wurde das tschechische Museum begründet; es war bald der Mittelpunkt reger nationaler Bestrebungen. Das literarische und historische Interesse gewann rasch auch politischen Einschlag und Zielrichtung. Der Auftrag der böhmischen Stände an Franz Palacky, die Geschichte Böhmens zu

schreiben (1831), führte zu einer Darstellung, die deutlich das politische Bestreben verrät, die Unabhängigkeit der tschechisch-nationalen Entwicklung von jedem deutschen Einfluß darzutun und diesen als jüngeren Spätling nur eine Gastrolle einzuräumen.

Diese bedeutsame Verquickung der literarisch-wissenschaftlichen Bestrebungen mit den national-politischen Forderungen der Tschechen sollte diesen eine historische Begründung schaffen und so ist auch aus ursprünglich unklaren Formen schließlich immer anspruchsvoller das „historische Staatsrecht der böhmischen Krone" emporgewachsen. Aber es muß doch betont werden: Diese frühslawische Nationalbewegung war noch durchaus großösterreichisch orientiert. Man erhoffte die Erfüllung der nationalen Wünsche damals durchaus im Anschlusse an Österreich, in dem Maße, als das konnationale Ausland, vor allem der russische Zarismus, jede Aussicht darauf versagte. Am schärfsten hat dies wohl Palacky selbst, der sich zum politischen Führer seines Volkes aufschwang, auf dem Slawenkongresse in Prag 1848 formuliert. Er befürchtete die Auffaugung der kleineren westslawischen Völker durch Rußlands Übermacht und befürwortete deshalb eine Vereinigung derselben in der Donaumonarchie. So prägte er damals die denkwürdigen Worte: „Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen."

Die bedeutendsten Erfolge hatte die nationale Bewegung in Ungarn aufzuweisen. Daß der Reichstag von 1812 bis 1825 nicht mehr einberufen worden war, belebte den Widerstand der Komitate gegen den Wiener Absolutismus. Auch in Ungarn setzte zunächst eine literarisch-wissenschaftliche Strömung ein. 1825 erfolgte die Gründung der ungarischen Akademie als Mittelpunkt der sprachlichen und literarischen Regeneration des Magyarentums. 1837 wurde in Pest das erste Nationaltheater eröffnet. Als Kaiser Franz sich durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der nationalen Opposition genötigt sah, den Reichstag wieder zu berufen, arbeitete die liberale Partei großzügig auf eine Repräsentativverfassung mit nationaler Grundlage hin.

Es soll aber doch nicht vergessen werden, daß auch in Ungarn, wo schon 1844 die magyarische Sprache als Amtssprache vom Reichstag beschlossen worden war, Ludwig Kossuth, der Führer der nationalen Bewegung, noch 1848 einen ähnlich großösterreichischen Standpunkt vertrat, wie Palacky in Böhmen. Er sah die Zukunft der Dynastie in der Verschmelzung der verschiedenen Völker der Monarchie zu einer Seele und einem Herzen; er erklärte als Gebot der Zeit die Verwirklichung einer „allgemeinen Konstitutionalität mit Respektierung der verschiedenen Nationalitäten" Österreichs.

Über den Rahmen des österreichischen Gesamt-

ſtaates hinaus ſtrebten die Polen nach Wiederherſtellung der alten Selbſtändigkeit und fanden an dem Freiſtaate Krakau einen Mittelpunkt revolutionärer Propaganda (1836 und 1846), die nicht nur Galizien und Bukowina, ſondern auch das öſtliche Schleſien zum Abfall von Öſterreich verleiten wollte.

Auch im lombardo-venezianiſchen Königreiche regte ſich eine auf den Anſchluß an Sardinien gerichtete nationale Bewegung (Carbonari), die von Frankreich begünſtigt wurde und nach Ausbruch der Julirevolution zu Aufſtänden anſchwoll. Wie in Polen, ſo wurde auch in Italien von England (Lord Palmerſton) mächtig gegen Öſterreich geſchürt.

Endlich arbeiteten auch die Südſlawen unter kroatiſcher Führung (Gaj) auf die Einigung zu einem „Großillyrien“ hin, zu welchem doch auch die Slowenen in den benachbarten deutſchen Kronländern (Steiermark, Kärnten, Krain, Iſtrien), ſowie Bosnien, Serbien und Montenegro ſich zuſammenſchließen ſollten. Dieſe Bewegung, für welche beſonders die Geiſtlichkeit agitierte, richtete ſich vornehmlich wider die Vorherrſchaft der Magyaren.

So waren die nationalen Sonderbeſtrebungen der verſchiedenen Völker Öſterreichs bereits wirkſam gediehen, als die Februarrevolution 1848 den Funken ins volle Pulverfaß warf. Auf die Kunde von den Vorgängen in Wien, wo Metternich geſtürzt und ſein Polizeiminiſter Sedlnitzki beſeitigt worden war,

erhob sich in den Ländern allerorten der Ruf nach Erfüllung der nationalen Postulate. Während man sich aber von deutscher Seite auf die Forderung einer Konstitution und der Preßfreiheit beschränkte, überwuchs der nationale Heißhunger der Nichtdeutschen jetzt die Grenzen des Einheitsstaates und drohte ihn selbst zu sprengen. Der ungarische Reichstag verkündete die volle staatliche Selbständigkeit und bildete nach Aufhebung der ungarischen Hofkanzlei ein eigenes verantwortliches Ministerium, das ebenso wie die nationalpolitischen Forderungen (die sogenannten „1848er Gesetze") vom Kaiser bestätigt wurde. Die Tschechen verlangten eine Sonderstellung Böhmens und seiner Nebenländer mit eigenen Zentralbehörden. In der Lombardei brach offene Revolution aus; sie wollte Südtirol bis zum Brenner, Triest, das Küstenland und Dalmatien von Österreich losreißen. Auch die Südslawen, Rumänen und Siebenbürger Sachsen verlangten auf gesonderten Nationalkongressen Selbständigkeit gegenüber den Magyaren.

So war Österreich nahe daran, sich in einen Föderativstaat aufzulösen, zumal Kaiser Ferdinand die Forderungen der Tschechen durch die sogenannte „böhmische Charte" (8. April) im wesentlichen bewilligte. Auf dem allgemeinen Slawenkongreß, der in Prag ein gemeinsames Vorgehen aller Slawen gegen Deutsche und Magyaren beschließen sollte, trat der Russe Bakunin offen für die Auflösung

Österreichs ein. Eine Einigung kam aber nicht zustande, da die Ruthenen, die sich von den Polen schwer bedrängt fühlten, Gleichberechtigung mit diesen verlangten. Die Unruhen, zu welchen der Kongreß in Prag Anlaß gab, nötigten den Stadtkommandanten, Fürsten Windischgrätz, militärisch einzuschreiten. Man sah, wohin das freie Gewährenlassen die nationalen Bestrebungen der Völker führte. Auch das Problem der Reichsvertretung selbst ward nicht gelöst, da sowohl das lombardo-venezianische Königreich wie Ungarn nicht einbezogen wurden, wohl aber Galizien, von dem man doch ein Übergewicht der Slawen über die Deutschen befürchten mußte. Vollends enttäuscht waren die Demokraten, die das allgemeine Wahlrecht verlangt hatten.

Nach dem Wiederausbruch revolutionärer Bewegungen in Wien (Oktober 1848) dankte Kaiser Ferdinand I. ab und dessen Neffe Franz Joseph I. bestieg am 2. Dezember den Thron. In Ungarn erklärte der Reichstag das Haus Habsburg für abgesetzt und wählte Kossuth zum Haupte der neuen Republik (1849). Nun mußten die Waffen entscheiden. Es zeigte sich, daß die verläßlichste Stütze der Dynastie in der Armee gelegen war. Mit Hilfe Rußlands, dessen Zar Nikolaus I. ein Übergreifen der Revolution auf Polen befürchtete, ward Ungarn niedergeworfen und auch die italienischen Provinzen durch Feldmarschall Radetzky nach Besiegung des zu Hilfe eilenden sardinischen Heeres (Mortara, Novara) gebändigt.

Der Reichstag, den noch Kaiser Ferdinand I. nach Kremsier zusammenberufen hatte, kam über Entwürfe zu einer neuen Reichsverfassung nicht hinaus. Palacky brachte neuerlich eine Föderation der 8 Nationalitäten in Vorschlag. Auch eine oktroyierte Gesamtstaatsverfassung mit Einschluß Ungarns (4. März 1849) kam nicht zustande, da sich sowohl in Ungarn wie in Böhmen lebhafte Opposition dagegen erhob. Diese Uneinigkeit der Liberalen verhalf der Reaktion zum Durchbruch, der Absolutismus kehrte wieder (1851).

* * *

Die Bestrebungen zur inneren Neuordnung Österreichs scheiterten zum Teil auch deshalb, weil die Deutschen des festen Rückhaltes am Reiche bereits völlig entbehrten. Denn auch im Frankfurter Parlament hatten die Gegensätze zwischen Groß- und Kleindeutschen, welch' letztere die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung mit Ausschluß Österreichs herbeiführen wollten, nur den Gegensatz zwischen Österreich und Preußen verschärft. Er verhinderte, daß Friedrich Wilhelm IV. von Preußen die ihm angebotene Kaiserkrone annahm. Auch die „Union", welche Preußen darauf eingeleitet hatte, wurde undurchführbar. Wohl gab Preußen in den Olmützer Punktationen (1850) nach und der Bundestag trat

im folgenden Jahre unter Vorsitz Österreichs wieder in Frankfurt zusammen. Aber der Riß war nicht mehr zu überbrücken und Otto von Bismarck, der Vertreter Preußens, erkannte, daß der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland nur mit den Waffen entschieden werden könne. Da die Beratungen des Bundestages ohne Ergebnis blieben, trat auch in einzelnen deutschen Staaten eine reaktionäre Wandlung ein.

Österreich hatte die feste Basis, von der aus ein Neuaufbau seiner Verfassung in deutsch-zentralistischem Sinne vielleicht noch möglich gewesen wäre, damit bereits verloren. Der neue Absolutismus unter Alex. Bach suchte den Gefahren der Revolutionsjahre durch eine Verstärkung der staatserhaltenden Kräfte zu begegnen. Er stützte sich vor allem auf die Armee und die Kirche, die durch das Konkordat von 1855 wieder maßgebenden Einfluß auf die Schule erhielt. Dies rief aber die Opposition der liberalen Kreise hervor und verstärkte deren Anhang, trotzdem von dem Grafen Leo Thun eine großzügige Reform des Mittel- und Hochschulunterrichtes nach modernen Grundsätzen (Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre) durchgeführt wurde. Auch die Neuordnung der Verwaltung im zentralistischen Sinne auf deutscher Grundlage entbehrte nicht richtiger Ziele. Aber sie vermochte nicht die Unterstützung der Intelligenz zu gewinnen und wurde bald als politischer

Druck empfunden, da sie nach Beseitigung der Gemeindeautonomie eine starke Abhängigkeit von den allgewaltigen Regierungsbeamten (Bürokratie) erzeugte. Auch wirtschaftlich hatten die Zeiten dieses Absolutismus positive Leistungen aufzuweisen, indem die 1848 beschlossene bäuerliche Grundentlastung durchgeführt wurde. Aber gerade diese rief bei den großen Grundherren lebhafte Gegnerschaft hervor, die umso wirksamer wurde, als die äußere Politik Österreich in sehr kostspielige Unternehmungen verwickelte. Auch das straffe Militärregiment in Ungarn (Bachhusaren) verschärfte dort die mühsam niedergehaltene Opposition.

Nur eine erfolgreiche Außenpolitik mit greifbarer Machtsteigerung, nur eine auf die Hebung des allgemeinen Wohlstandes und die Gewinnung der breiten Massen des Volkes gerichtete Wirtschaftsreform hätte diesen gesamtstaatlichen Absolutismus zu halten vermocht. Das Gegenteil davon trat tatsächlich ein. Ein neuer Vorstoß Rußlands auf dem Balkan drohte nach Besetzung der Moldau und Walachei die Türkei aus Europa völlig zu verdrängen. Als die Westmächte zu deren Schutze eine militärische Expedition nach der Krim unternahmen (Krimkrieg 1854), schloß sich Österreich ihnen zwar aus Rücksicht auf die 1849 wider Ungarn erhaltene Waffenhilfe nicht aktiv an, nötigte aber Rußland durch seine Rüstungen und Aufstellung einer Observationsarmee zur Räumung

der Donaufürstentümer, die es selbst nun besetzte. Die ungeklärte Lage in Deutschland und die Spannung mit Preußen hinderten Österreich, zu entscheidender Offensive überzugehen. Aber es war keineswegs ohne festes Ziel. L. Stein, damals Professor in Wien, hat 1856, unmittelbar vor dem Pariser Frieden, die neuen Aufgaben Österreichs klar verkündet: „Europa hat sich den Weg zum Orient geöffnet. Österreich ist das Herz von Mitteleuropa, es wird Trägerin der Zivilisation in dem für Europa neugewonnenen Lande werden. Das ist seine Mission. Als Vertreter der natürlichen Interessen und Aufgaben Mitteleuropas im Orient kann Österreich dazu die tätige Mithilfe Deutschlands erwarten und fordern. Wenn Deutschland Verständnis für die Aufgaben Österreichs hat, so wird es nach gemeinsamen Opfern und Anstrengungen jenseits des Mittelmeeres in Asien nicht bloß die alte Heimat unserer Stämme, sondern auch den Keim seiner künftigen Größe wieder finden . . . Die bisher türkischen Donauländer müssen zum Teil Österreich einverleibt, zum Teil als neutrale Staatengruppe unter die direkte Leitung dieser am meisten interessierten Westmacht gestellt werden. Auch Österreichs Kriegsmarine muß mit Hilfe Deutschlands der großen Mission entsprechen."

In der Tat wahrhaft prophetische Worte, deren Erfüllung eben die neueste Zeit gebracht hat . . .

Der Krimkrieg bürdete Österreich infolge seiner

Rüstungen und bewaffneten Neutralität schwere finanzielle Lasten auf. Er vermittelte zugleich die Verbindung Italiens mit dem neuen Vertreter der französischen Ausdehnungspolitik, Napoleon III., dessen Unterstützung Cavour zur Verdrängung Österreichs aus Oberitalien gewann. So kam es zum Kriege von 1859, für den man die italienische Bevölkerung mit dem Schlagwort begeisterte: „Frei bis zur Adria!“

Auch jetzt sah sich Österreich durch die Gegensätze in Deutschland zu vorzeitigem Friedensschluß (in Zürich) veranlaßt, als die Schlachten von Magenta und Solferino unglücklich ausgefallen waren und die deutsche Hilfe ausblieb. Es trat die Lombardei an Napoleon III. ab, der sie gegen Savoyen und Nizza an Sardinien überließ. Der Zwiespalt im Reiche und das Ringen der beiden Großmächte um die Vorherrschaft dort führte neuerdings zu einer Bereicherung der äußeren Feinde, die an der traditionellen Uneinigkeit Mitteleuropas großwuchsen. Und wenn auch das nächste Ziel Jungitaliens, die Einigung auf nationaler Grundlage, es den gleichzeitigen Bestrebungen Preußens in Deutschland zielverwandt und als natürlichen Bundesgenossen wider das gemeinsame Hemmnis, Österreich, erscheinen lassen mochte, so ward damit doch einer Gefahr für die Zukunft Tür und Tor geöffnet. Man übersah in Deutschland, was die Erfüllung der auf die Losreißung Südtirols und des Küstenlandes gerichteten Forderungen für

das Reich selbst bedeutete. Österreichs weltpolitische Aufgabe erschöpfte sich ja nicht in der alten Ostmarkidee, die zuletzt gegen Rußland neuen Inhalt erhalten hatte. Es war allezeit, seitdem Karl der Große neben der Ostmark die Mark Friaul begründet hatte, zugleich die große Flankendeckung des deutschen Südostens gen Italien hin. Die Südmarkenpolitik der deutschen Kaiser des Mittelalters hielt diese Bedrohung fest im Auge. Die Habsburger haben darauf nicht bloß die Wacht an der Donau, sondern auch an der Adria übernommen ...

* * *

Mit den Niederlagen auf den Schlachtfeldern brach auch das absolutistische System in Österreich zusammen. Schon die Hebung des Staatskredites machte eine Mitwirkung des Volkes an der Regierung jetzt notwendig. Aber sofort erhoben sich auch die alten Schwierigkeiten der Verfassungsgestaltung wieder. Das sogenannte „Oktoberdiplom" vom Jahre 1860 kam den föderalistischen Bestrebungen der Länder entgegen, indem es den Landtagen eine bedeutsame Rolle auch gegenüber der Reichsvertretung zuerkannte. Die Unzufriedenheit mit diesem Lösungsversuch führte zu dem „Februarpatent" Schmerlings (1861), das ein Zentralparlament mit 2 Kammern für den Gesamtstaatsverband schuf. Aber

die ungarischen Länder beschickten es nicht, sondern hielten ihre Forderungen nach Anerkennung der Unabhängigkeit aufrecht. Da bald auch die Tschechen ihm unter Berufung auf das „historische Recht der böhmischen Krone“ fernblieben, war auch diese Verfassung unausführbar. Ein Ausgleich mit Ungarn mußte gesucht werden. Er kam aber erst zustande, als der äußere Konflikt, in welchen Österreich durch die Zuspitzung der schleswig-holsteinischen Frage geriet, auf dem Schlachtfelde von Königgrätz zugunsten Preußens entschieden war (1866). Daß Österreich nunmehr endgültig aus dem deutschen Bund ausscheiden und an das mit Preußen verbündete Italien trotz seiner Siege zu Wasser (Lissa) und zu Lande (Custozza) Venetien abtreten mußte, beschleunigte die Lösung der Verfassungsfrage. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse, die eine schwere finanzielle Krise zeitigten — Österreich mußte 20 Millionen Thaler Kriegskosten zahlen — verstand sich der neue Minister des Auswärtigen, Beust, zum Nachgeben und führte den Ausgleich mit Ungarn auf Grund der 1848er Gesetze durch. Ein staatsrechtlicher Dualismus ward jetzt anerkannt, der zwei selbständige Staaten unter gemeinsamem Herrscher diesseits und jenseits der Leitha nebeneinanderstellte, zugleich aber doch eine Reihe gemeinsamer Angelegenheiten (Äußeres, Armee und dafür notwendige Finanzen) vorbehielt, zu deren Verwaltung drei gemeinsame (k. u. k.) Minister, so-

wie „Delegationen“ vorgesehen wurden, welche die beiden Parlamente aus ihrer Mitte wählen. Der finanzielle Teil des Ausgleiches, welcher die Beitragsleistung der beiden Staaten zur Bestreitung der gemeinsamen Angelegenheiten ordnete, wurde nur kurzfristig, auf 10 Jahre, abgeschlossen und bildete seither die Quelle stets neuer schwieriger Verhandlungen über das bei jeder folgenden Erneuerung festzustellende Ausmaß der beiderseitigen Quote. Dabei kam die politische Weiterentwicklung der beiden Staaten Ungarn immer mehr zustatten. Denn es vermochte durch eine geschickte Sonderstellung Kroatiens, dem 1868 Autonomie der Verwaltung gewährt wurde, durch zielbewußte Magyarisierung der Verwaltung, sowie ein wohl abgewogenes Wahlrecht die Vorherrschaft der Magyaren gegenüber den anderen Völkern des Staates dauernd zu sichern und konnte daher nach außen geschlossen auftreten, während in Österreich die Deutschen eine gleiche führende Rolle nicht festzuhalten verstanden.

Dem neuen deutsch-liberalen „Bürgerministerium“ machten Slawen, Klerikale und Feudale große Schwierigkeiten. Die Tschechen blieben dem Reichsrate ferne, die Polen verlangten eine weitgehende Autonomie. Gestützt auf diese Parteien versuchte Graf Hohenwart 1871 in seinen berühmt gewordenen „Fundamentalartikeln“ von neuem eine föderalistische Verfassung ins Leben zu rufen.

Die drohende Gefahr der Slawisierung Österreichs, welche auch Ungarn berührte, da die Kroaten dort eine ähnliche Selbständigkeit verlangten, wie die Tschechen und Polen hier, führte zum Sturze Hohenwarts, als nach dem deutsch-französischen Krieg (1870 bis 1871) Graf Andrassy eine Wiederannäherung Österreichs an das neuerstandene deutsche Kaiserreich bewirkte, dem Kaiser Franz Joseph trotz aller Verlockungen seitens Frankreichs strikte Neutralität gewahrt hatte.

Das neue deutsch-liberale Ministerium (Adolf Auersperg) machte durch eine Wahlreform (1873) die Reichsvertretung mit direkter Wahl der Abgeordneten zwar von den Landtagen unabhängig, versäumte aber, die zur Sicherung der Führerstellung der Deutschen notwendigen verfassungsrechtlichen Vorkehrungen (Festlegung der deutschen Staatssprache, Sonderstellung Galiziens, Ordnung des Wahlrechtes und der Verwaltung) rechtzeitig zu treffen. Statt die neue Wendung der äußeren Politik im Zusammenwirken mit Ungarn zur Festigung der deutschen Vormachtstellung auszunützen, stellte es sich in gänzlicher Verkennung der Grenzen seiner Macht den finanziellen Anforderungen jener brüsk entgegen.

* * *

Unterdessen hatte sich ja eine völlige Neuorientierung der Außenpolitik Österreich-Ungarns vollzogen. Nach dem Ausscheiden aus den alten Bahnen der Reichspolitik im Westen (Deutschland) und Süden (Italien) rückte der Schwerpunkt dieser immer mehr nach dem Osten. Als durch die großen Ereignisse des Jahres 1870 bis 1871 auch die Revancheideen der militärischen Kreise um Erzherzog Albrecht beseitigt waren, richteten sich die Blicke der österreichischen Politiker naturgemäß stärker gegen Südosten, zumal nun Graf Andrassy die Leitung der äußeren Politik übernahm. Österreich hatte auch allen Grund, den Verhältnissen auf dem Balkan schärfere Aufmerksamkeit zuzuwenden, denn die russische Ausdehnungspolitik gewann, wenn sie im Krimkrieg auch nicht die Erfüllung des Testamentes Peters des Großen durchzusetzen und die Türkei aus Europa zu vertreiben vermocht hatte, doch an den christlichen Balkanvölkern ein neues Vorfeld politischer Agitation. Sie waren meist Slawen und boten, da sie zur gleichen, griechischen, Religion sich bekannten, der von Rußland aus betriebenen panslawistischen Propaganda ein um so furchtbareres Betätigungsobjekt, als ihnen ja durch den Pariser Frieden von 1856 eine Besserung ihrer Lage gegenüber der türkischen Oberherrschaft zugesichert worden war. Je weiter diese großslawische Bewegung gegen die Adria hin vorgetrieben wurde, desto größer wurde die

Offensivbedrohung der Südostfront Österreichs, wo ja schon die Revolutionszeiten (1848) separatistische Bestrebungen unter den Südslawen gezeitigt hatten.

Auch aus militärischen Gründen hatten Feldmarschall Radetzky schon 1856, Admiral Tegetthoff 1866 eine Erwerbung des Hinterlandes von Istrien und Dalmatien befürwortet, nachdem durch den Verlust Venetiens die Verteidigung der Adriaküste stark beeinträchtigt worden war. Da Rußland selbst schon vor dem Krimkrieg Österreich zur Besetzung Bosniens und der Herzegowina eingeladen hatte, war man jetzt nach dem Verluste von zwei wertvollen Provinzen in Wien um so mehr geneigt, dafür im Südosten Ersatz zu suchen. Als nun 1875 in diesen beiden Ländern ein Aufstand gegen die Türken ausbrach und auch Montenegro wie Serbien 1876 sich ihm anschlossen, kam zwischen Zar Alexander II. und Kaiser Franz Joseph zu Reichsstadt ein Geheimvertrag zustande, der Österreich für die Wahrung der Neutralität im Falle eines russisch-türkischen Krieges Bosnien und die Herzegowina zusicherte. Keinesfalls sollte die Bildung eines großen slawischen Reiches auf dem Balkan zugelassen werden, Serbien aber in die Einflußsphäre Österreichs fallen.

Rußland drang darauf im Kriege von 1877 bis 1878 siegreich über den Balkan vor und zwang der Türkei im Frieden von S. Stefano große Zugeständnisse ab. Da war es Österreich, das Rußland

nötigte, die definitive Ordnung der Balkanfragen auf dem Berliner Kongreß (1879) einer Revision zu unterwerfen. Die Unabhängigkeit der Balkanstaaten Rumänien, Serbien und Montenegro, in deren Reihe jetzt auch Bulgarien eintrat, wurde anerkannt, der Türkei jedoch Mazedonien und Ostrumelien erhalten, damit aber Rußlands Vordringen ein Riegel vorgeschoben.

Diesen Erfolg empfand Rußland als schwere Niederlage und machte Deutschland dafür verantwortlich. Es näherte sich nun Frankreich, was Bismarck durch den Abschluß der Defensivallianz mit Österreich beantwortete (1879). Die weltpolitische Aufgabe des neuen Bündnisses der Gegner von einst war, die Ruhe Europas gegen jede Bedrohung aus Ost und West sicherzustellen. So ward erfüllt, was die besten Politiker Preußens und Österreichs seit dem Freiherrn von Stein und Fr. Gentz als hohes Ziel beiden gestellt hatten ...

Österreich ermöglichte auch über alle Gegensätze hinweg den Anschluß Italiens zum Dreibunde, als Frankreich in Afrika (Tunis) dessen Interessen gefährdete (1881). Und dieser Dreibund hat seine große Mission, den Frieden Europas aufrecht zu erhalten, durch ein ganzes Menschenalter treulich erfüllt.

Die neue Aufgabe, die Österreich auf dem Berliner Kongresse übertragen ward, hat die Nationalitätenfrage im Innern noch schärfer zugespitzt. Denn

da die deutsch-liberale Majorität aus Besorgnis vor einem neuen Zuwachs an slawischer Bevölkerung die Okkupationskredite für Bosnien verweigerte, erfolgte ein Umschwung (1879), indem Graf Taaffe eine neue Regierung bildete, die sich auf die Slawen und Konservativen stützte. Es folgten dreißig Jahre steigender Nationalitätenstreitigkeiten, durch welche die Stellung der Deutschen in Österreich sich immer ungünstiger gestaltete. Durch neue Sprachenverordnungen (Stremayr 1880) wurde ihr Anteil an der Staatsverwaltung immer mehr eingeschränkt, während die Slawen, seitdem sie die Schule erobert hatten, immer breiter in jene hineinwuchsen. Mit der Ausbreitung der Industrie durchsetzten große slawische Arbeitermassen die deutschen Fabriksbezirke und erzeugten eine Gemischtsprachigkeit, die den Slawen eine neue Basis zur Erweiterung ihrer Ansprüche bot. Je mehr das Wahlrecht ausgedehnt wurde, desto mehr gewann ein Radikalismus die Führung, der vom böhmischen Landtage aus, wo er die entscheidende Macht besaß, auch die Reichsvertretung immer nachdrücklicher beeinflußte. Er machte auch den Versuch, zwischen Deutschen und Tschechen durch Abgrenzung möglichst einheitlich sprachlicher Verwaltungssprengel einen Ausgleich zu vermitteln (1890), scheitern.

Die große soziale Bewegung, die auch in Österreich sich seit 1848 zu steigender Bedeutung hob,

arbeitete zunächst außerhalb des Parlamentes auf eine Erweiterung des Wahlrechtes und Beseitigung des alten Kuriensystems hin. Die Wahlreform wurde durch Angliederung einer 5. Kurie mit allgemeinem Wahlrecht eingeleitet (1896) und zehn Jahre darauf mit der umfassenden Durchführung desselben vollendet.

Der Nationalitätenstreit freilich konnte auch durch sie nicht aus der Welt geschafft werden. Das Parlament wurde immer weniger arbeitsfähig und führte zu gesteigerter Anwendung des Notparagraphen (14) der Verfassung, nach welchem dringende Staatsangelegenheiten, im Falle das Parlament nicht versammelt ist, durch kaiserliche Verordnung gesetzlich geregelt werden können. Infolge dieser Lähmung des Parlamentes geriet Österreich Ungarn gegenüber in eine ungünstige Schwächestellung, die sich besonders bei der Erneuerung des Ausgleiches fühlbar machte. Die Nationalitätenstreitigkeiten erzeugten an den peripherischen Reichsteilen einen Irredentismus, den vor allem die panslawistische Propaganda in Nord und Süd auszunützen suchte. Das feindliche Ausland knüpfte daran seine Hoffnungen auf den künftigen Zerfall Österreich-Ungarns, das seinen inneren Zusammenhalt verloren zu haben schien.

Aber die außenpolitische Bedeutung dieser inneren Kämpfe ist sicherlich doch überschätzt worden. Man hat im Auslande nur die negative Seite des Streites gesehen und nicht beachtet, welch' große positive Wir-

kungen er doch zugleich bei den nichtdeutschen Völkern Österreichs hervorgebracht hat. Es ist die Verwirklichung der nationalen Rechte und Wohlfahrt auf Seite der kleineren Völkerschaften, die in Österreich wohnen. Der Streit war unvermeidlich, seitdem durch die Staatsgrundgesetze von 1867 die Gleichstellung aller Völker Österreichs in politischer und nationaler Beziehung anerkannt und ihnen ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege ihrer Nationalität und Sprache zugesichert worden ist. Die nichtdeutschen Völker haben gerade durch die Zugeständnisse in Schule und Amt, in Wirtschaft und Zentralregierung, welche so oft die Streitpunkte bildeten, ihre geistige und materielle Kultur zu ungeahnter Höhe entwickelt. Eben in diesen großen Errungenschaften sind Vorteile für diese Nationalitäten beschlossen, deren sie außerhalb des österreichischen Staatsverbandes kaum teilhaftig werden könnten. Gerade der große Weltkrieg lehrt, wie wenig die kleineren Staaten und Völker ihren eigenen Weg zu gehen vermögen, wie sehr eine Anlehnung an die Großmächte notwendig ist.

Und darin hat doch allezeit durch die Jahrhunderte hin ein starker Antrieb zu staatlicher Kohäsion gelegen, der sich gerade in Zeiten äußerer Bedrohung völkerverbindend wirksam zeigte. Einsichtige Politiker werden sich immer weniger der Erkenntnis verschließen können, daß eine freiwillige Unterordnung unter die natürlichen Lebensbedingungen

des Staates zu den politischen Notwendigkeiten auch außerhalb Österreichs gehöre, daß nur durch die Bejahung des Staates und die Treue zu ihm die einzelnen Völker ihre eigene Zukunft sichern und verbürgen können. Nirgends in anderen Staaten würden die nichtdeutschen Völker Österreichs ihre wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte so frei und erfolgreich entfalten können, da sie nirgends mit solchem politischen Einfluß auch die Zentralregierung und Wirtschaftspolitik des ganzen Großstaates zu bestimmen und in ihrem Sinne zu orientieren vermöchten. Wie die Absonderung der Teile jede Großzügigkeit der Entwicklung ausschließt, so schafft die Vereinigung erst die Erreichbarkeit hoher und weiter Ziele. Gerade die historische Entstehung Österreichs als Großstaat (1526) ist das beredteste politische Zeugnis dafür: „Viribus unitis!"

Literatur.

Eingehende Darstellungen der Geschichte Österreichs bieten die folgenden Werke:

Huber Alfons, **Geschichte Österreichs,** 5 Bände (bis 1648), 1885 bis 1896.

Krones Franz, **Handbuch der Geschichte Österreichs,** 4 Bände (1876 bis 1879).

Mayer F. M., **Geschichte Österreichs,** 3. Auflage, 1909, 2 Bände.

Die Verfassungsentwicklung behandeln insbesonders:

v. Luschin-Ebengreuth, **Österreichische Reichsgeschichte,** 2. Auflage, 1914.

A. Huber, **Österreichische Reichsgeschichte** (1895), 2., erweiterte Auflage bearbeitet von A. Dopsch, 1901.

er nicht geringen Preise keine große Verbreitung unter der Jugend und n weiten Volkskreisen zu finden.

o entspricht die „Österreichische Bücherei" einem tatsächlichen edürfnis; sie war notwendig; das beweist uns auch das mit Recht so schätzte Buch Naumann's „Mitteleuropa". Mehr als an einer Stelle aubt Naumann seine engeren Landsleute vor Überhebung warnen zu üssen. Oder ist es keine Mahnung, wenn er auf Seite 115 sagt:

„Überhaupt soll in allen diesen Fragen der Norddeutsche nicht vergessen, daß er zwar organisierter aber nicht klüger ist, als seine südlichen Nachbarn."

der zum Schlusse auf derselben Seite:

„Sie" (nämlich die Österreicher) „sind als Einzelmenschen genau so gescheit und sach- und fachkundig als jemand von uns und kennen unsere wirtschaftlichen Dinge meist besser als wir die ihrigen. An Einzelheiten können wir oft eher von ihnen lernen als sie von uns. Was ihnen fehlt, ist nur der preußisch-deutsche Wirtschaftsgeist als Massenerscheinung."

aß es vielfach uns an „Organisation", „Energie" und „Ausdauer" fehlt, das issen wir wohl; der Krieg hat es uns mehr denn je wieder zum Bewußtsein bracht; hier können, wollen und müssen wir von den Deutschen lernen. ber als weniger begabt und weniger fortschrittsfähig wollen wir auf die auer nicht gehalten werden — das empfinden wir als Ungerechtigkeit.

iele der Unsern wurden nach Deutschland gerufen, wo sie als angesehene Ver- eter ihres Faches, als Lehrer an Hochschulen, als Künstler, Techniker, Direk- ren von großen Unternehmungen usw. wirken; viele andere wurden nach eutschland gerufen, sind aber dem Rufe nicht gefolgt. Das sollte nicht über- hen werden, beweist es doch, daß auch wir bedeutende, in dem großen, von aller Welt anerkannten deutschen Bildungs- und Forschungsgebiet ebenbürtige Ver- eter stellen. Darum, wir führen wieder Naumann „Mitteleuropa", Seite 130, an:

„Nicht Beherrschung, sondern Mischung! Wir haben mehr Pferdekräfte und ihr mehr Melodie. Wir denken mehr in Quantitäten, die Besten von euch aber mehr in Qualitäten. Laßt uns zusammengießen, was wir beide vermögen, so bekommt erst die harte neudeutsche Kultur durch eure Mithilfe denjenigen Hauch von An- mut, der sie für die Außenwelt erträglich macht."

löge die „Österreichische Bücherei" dazu beitragen, daß das notwendige inige Verhältnis zwischen Deutschen und Österreichern, wie es le Einsichtigen hüben und drüben wünschen müssen, platzgreife zum Segen eider Reiche. Kein Behelf kann da wirksamer sein als der der wechselseitigen chtung. Wir verweigern die unsrige nicht und zollen sie neidlos ls den Tribut unserer Treue. Wir fordern sie aber auch für uns, nd nur Unkenntnis oder Übelwollen könnten sie uns versagen. In das Zweite wollen wir nicht glauben, die erste wollen wir ekämpfen.

Daß die „Österreichische Bücherei" eine Aufklärungsarbeit leisten wird, elche der Volkswirtschaft beider Staaten in hervorragendem Maße um Nutzen gereichen kann, liegt wohl außer Zweifel.

Die „Österreichische Bücherei" will aber nicht nur unseren reichsdeu
Bundesgenossen die Kenntnis über Österreich vermitteln, sondern sie n
sich auch an unsere Jugend in Österreich. Diese soll hiedurch ihr eig
Vaterland höher schätzen lernen und die Begeisterung für die Kultur
gewinnen, die Deutschland und Österreich gemeinsam in der Welt zu
haben.

* * *

Der Vollzugsausschuß der **„Österreichischen Waffenbrüderlichen einigung"** hat in Erkenntnis der Tatsache, daß die Ziele der „Ö reichischen Bücherei" mit den Aufgaben, welche sich diese Verein gestellt hat, vollkommen in Einklang stehen, beschlossen, sich mit d Unternehmen zu identifizieren.

Ein Kreis angesehener Vertreter der Wissenschaft und Kunst, Volkswirt und Politik hat sich bereit erklärt, dem **„Redaktionsausschusse"** „Österreichischen Bücherei" beizutreten. Wenn das Programm der in maßgebenden Kreisen eine so warme Aufnahme gefunden hat, so wohl mit Berechtigung gesagt werden, daß dasselbe gewiß ein gutes ist daher auch in weitesten Kreisen Anklang finden wird.

* * *

Dem Redaktions-Ausschuß sind folgende Herren beigetreten: Rudolf **Colloredo-Mansfeld**, n. ö. Landesausschuß; Exz. Dr. L. **Čwiklin** k. k. Minister für Kultus und Unterricht; Univ.-Prof. Dr. A. **Dopsch**; H Univ.-Prof. Dr. A. Freih. v. **Eiselsberg**; Exz. Dr. Wilh. **Exner**, k. k. Sekt chef; Hofrat Univ.-Prof. Dr. A. **Fournier**; Max Egon Fürst zu **Fürsten** Präsident der Österreichischen Waffenbrüderlichen Vereinigung; Exz. Dr. Ritter **Hussarek** von Heinlein, k. k. Minister a. D.; Hofrat Univ.-Prof Vatroslav R. v. **Jagič**; Hofrat Hochschul-Professor Hans Freih. **Jüp** von Jonstorff; Exz. Dr. Fr. **Klein**, k. k. Minister a. D.; Hofrat Dr. Ed **Leisching**, Direktor des k. k. Museums für Kunst und Industrie; H M. v. **Millenkovich**, Direktor des k. k. Hofburgtheaters; Adam **Mü Guttenbrunn**, Schriftsteller; Hofrat Univ.-Prof. Dr. Alois **Musil**, k. Hofkaplan; Dr. Friedrich **Naumann-Berlin**; Dr. Ferdinand **Neure** Direktor der Österreichischen Siemens-Schuckert-Werke; Univ.-Prof. Dr. E **Oberhummer**; Kommerzialrat Dr. Erich **Pistor**, Handelskammer-S tär; Exz. Dr. Ernst Freiherr von **Plener**, Vizepräsident der Österreichi Waffenbrüderlichen Vereinigung; Hofrat Univ.-Prof. Dr. Oswald **Red** Vizepräsident der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften; Exz. Dr. R **Weiskirchner**, Bürgermeister der Stadt Wien, Vizepräsident der Ö reichischen Waffenbrüderlichen Vereinigung; Exz. Dr. Friedrich Freih. v. **Wi** k. k. Handelsminister; Exz. Dr. Heinrich R. v. **Wittek**, k. k. Minister a Exz. k. u. k. General d. J. Emil **Woinovich von Belobrecka**; Dr. **Zolger**, k. k. Minister.

PHOTOMOUNT
PAMPHLET BINDER
Manufactured by
GAYLORD BROS. Inc.
Syracuse, N. Y.
Stockton, Calif.

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 657 211 9